

Johann Georg II. Markgraf von Brandenburg Herzog von Jägerndorf 1577–1624

2. Teil

Der schlesische Generalfeldoberst

Mit den reichen Erfahrungen, die Markgraf Johann Georg II. von Brandenburg als Straßburger Bistumsadministrator bei dem Zusammenprall politischer und konfessioneller Gegensätze gesammelt hatte, war ihm seine Linie vorgezeichnet. Der Streit hatte ihm zwar keinen Sieg gebracht, aber eine Menge Einblicke in die Lage im Reich und in die durch die religiösen Gegensätze geschaffenen Verhältnisse. Seine Erfahrungen hatten ihn gelehrt, welch verhängnisvolle Rolle im Kampf gegen die einheitliche Front des vordringenden Katholizismus die theologischen Gegensätzlichkeiten zwischen Lutheranern und Calvinisten spielten, und daß es darauf ankam, über die dogmatischen Verschiedenheiten der beiden evangelischen Lager das gemeinsame protestantische Interesse zu setzen, statt durch Selbstzerfleischung dem Gegner zum Siege zu verhelfen ¹⁾).

Die Lage des Protestantismus wurde immer bedrohlicher. Denn der militante Katholizismus arbeitete mit allen Mitteln an der Rekatholisierung Europas. Hatten sich die Ungarn gegen die habsburgischen Religionsverfolgungen erhoben, so verbreiteten die Jesuiten hierzu die Lehre, daß man ohne die Vertilgung der Ketzer auf keinen Sieg über die Türken hoffen dürfe, und der kaiserliche Gesandte beim Pascha von Ofen bot diesem den Frieden mit Restitution aller dem Sultan entrissenen Festungen und Zahlung von 300.000 Fl. an, unter der Bedingung, daß die unter ihrer Herrschaft befindlichen Ungarn vertilgt werden ²⁾). Durch widerrechtliche Mittel wurde den Evangelischen im Reich aufs äußerste zugesetzt, wofür auch die Straßburger Sache ein Beispiel war. Den „papistischen Practicanten“ wuchs der Mut noch durch den innerprotestantischen Zwiespalt, obwohl beide mit dem Untergang bedroht waren, und den lutherischen Herzog Wolfgang Wilhelm von Pfalz-Neuburg beredeten sie, er könne doch mit dem reformierten Friedrich IV. von der Pfalz keinen Verein (die Union) gründen, unterstützt von den herzoglichen Theologen, die

¹⁾ Brockhaus 2. Sect. 20. T. S. 430.

²⁾ Ritter, Briefe Bd. 1. S. 345, 404, 436.

verkündeten, daß man sich eher mit den Papisten als mit den Reformierten verbinden dürfe. Die protestantisch-katholischen Gegensätze aber hatten sich so verschärft, daß, wie es der brandenburgische Kurfürst gegen Ende des Regensburger Reichstages von 1608 ausdrückte, die Katholiken nicht mehr an den Religionsfrieden gebunden sein wollten. Der Reichstag scheine sich zerschlagen zu wollen, „daraus dann endlich ein offener Krieg und jämmerliche Zerrüttung unsers geliebten Vaterlandes erfolgen möchte“. Die Hartnäckigkeit der Katholiken, ihre immer fester werdende Einigung, die gemeldeten Rüstungen des Papstes und der Spanier, während der man den Zwiespalt der Reichsstände in der Schwebe halte: Das alles errege ihm große Sorge (16. 3. 1608) ³⁾!

Nachdem der Markgraf auf das Bistum verzichtet hatte, begab er sich an den elterlichen Hof, den er während der Fehde mehrfach besucht hatte, so z. B. zur Vermählung seines ältesten Bruders Johann Sigismund, und 1608 zu dessen Regierungsübernahme. Joachim Friedrich übergab ihm 1606 das Herzogtum Jägerndorf, wie es der Geraer Vertrag und die Magdeburger Verabredung vom 29. April 1599 vorsahen, und am 12. Februar 1607 ergriff er von den Gebieten Jägerndorf, Leobschütz, Oderberg und Beuthen O/S Besitz mit dem Versprechen, daß die Gebiete nach dem Aussterben seines ehelichen Mannesstammes an das Kurhaus zurückfallen sollten. Am gleichen Tage huldigten ihm die Stände. Wohl verweigerte Kaiser Rudolf als König von Böhmen auf Grund einer von den Habsburgern neu aufgestellten Rechtsansicht die formelle Belehnung und forderte die Pfandschaften von Beuthen und Oderberg zurück. Da Rudolf aber gegen die Besetzung Jägerndorfs keinen Einspruch erhob, seine Nachfolger Matthias (1611) und Ferdinand II. (1617) ihm den Vasalleneid abnahmen und den Streit über die Pfandschaften dem Schiedsspruch des schlesischen Oberrechts übertrugen, der erst am 17. 5. 1618 erfolgte, so schien anfänglich sein Recht auf das Herzogtum gesichert ⁴⁾.

Sein rastloser Geist konnte sich jedoch nicht mit der Verwaltung seines Fürstentums begnügen. So half er in der folgenden Zeit einen deutschen Streitfall schlichten, den Jülich-Kleveschen Erbfolgestreit, an dem das Haus Brandenburg auf Grund des Erbenspruchs von Anna, der Gemahlin des Kurfürsten, beteiligt war. Sie war eine Tochter der ältesten Schwester des letzten rheinischen Herzogs Johann Wilhelm und des Herzogs Albrecht Friedrich von Preußen. Die Jülicher Erbfolge hatte seit vielen Jahren die Politik der protestantischen Fürsten bestimmt und bis zur Gründung der Union eine wichtige Rolle gespielt. Die seit 1511 unter dem damals protestantischen Haus Pfalz-

³⁾ a. a. O. S. 348, 438, 452, 661.

⁴⁾ Univ.-Lex. Bd. 32. Sp. 1742, ADB Bd. 14. S. 175/76.

Neuburg zusammengefaßten Gebiete bildeten eine Brücke zwischen den Spanischen Niederlanden und den geistlichen Territorien Nordwestdeutschlands und beherrschten in ihrer Gesamtheit den deutschen Niederrhein, und waren der Papst, das Haus Habsburg und Spanien bemüht, diese Brücke in katholischen Besitz zu bringen, so bemühten sich die protestantischen Reichsstände, Heinrich IV. von Frankreich, England, die Generalstaaten und Dänemark, dies zu verhindern ⁵⁾ und bei dem bald zu erwartenden Tode des geistesschwachen kinderlosen Herzogs Johann Wilhelm für die protestantischen Prätendenten zu sichern. So kam es am 25. April 1605 im Haag zu einem Vertrag zwischen Brandenburg, Pfalz-Neuburg und den Generalstaaten, worin die Generalstaaten sich gegen Geldhilfe verpflichteten, den Erbanspruch der beiden Erstgenannten zu verteidigen. Nur lag eine zukünftige Schwierigkeit darin, daß jeder der beiden die Erblande ganz für sich beanspruchen könnte, und als Johann Wilhelm am 25. März 1609 starb, versuchten die beiden Hauptprätendenten einander im Besitz der Gesamterbschaft zuvorkommen. Auch der Kaiser versuchte, vollendete Tatsachen zu schaffen, indem er den Grafen Georg von Zollern in den Jülicher Landen als Regierungskommissar einsetzte, und der dynamische Erzherzog Leopold, Bischof von Passau und Straßburg, die Kurfürsten von Köln und Trier, die rheinische Geistlichkeit und sogar die Jesuiten in Polen bemühten sich, dem Vorschub zu leisten. Aus den Bistümern Köln, Lüttich und Maastricht sandte man Kriegsmaterial ⁶⁾, und der Papst schrieb Heinrich IV., er möge „seines Interesses wegen und im Dienste Gottes die ketzerischen Fürsten aus den Jülicher Landen ausweisen“. Hinderlich für die protestantische Sache war auch die Unschlüssigkeit des brandenburgischen Kurfürsten und sein Respekt vor der kaiserlichen Autorität ⁷⁾. Auch der unter der Vermittlung des Landgrafen Moritz von Hessen-Kassel zustandegekommene Dortmunder Vergleich vom 6. Juni 1609, in welchem eine vorläufige gemeinsame Regierung verabredet wurde, führte nicht weiter, weil es unter der Doppelregierung der beiden Statthalter Markgraf Ernst von Brandenburg, dem 1613 Kurprinz Georg Wilhelm folgte, und Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm bald zu neuen Streitigkeiten kam und der Pfalzgraf mit der Gegenpartei Geheimverhandlungen führte ⁸⁾. Aber unabhängig davon formierte sich die Union zur Gegenwehr. Auf dem Schwäbisch-Haller Unionstag vom Januar 1610 erlangten die brandenburgischen Gesandten für den Beitritt Kurbrandenburgs den Beistand der Union in der Jülicher Sache, und der französische Gesandte Boissise erklärte dort die Entschlossenheit seines Königs, die Unierten gegen jedes Unrecht zu verteidigen. Nach dem Vertrag vom 11. Februar 1610 sollten

⁵⁾ Winter S. 60, 64, 68. Ritter, Briefe Bd. 1. S. 524-529.

⁶⁾ Ritter, Briefe Bd. 2. S. 254, 279, 354, 358, 370/71, 481.

⁷⁾ a. a. O. S. 354.

⁸⁾ Ritter, Briefe Bd. 2. S. 341, 383. Fix. S. 78.

Heinrich und die Union die beiden „possedierenden Fürsten“ mit Truppen unterstützen, und England und die Generalstaaten versprachen Hilfstruppen. Doch warf die Ermordung des Königs am 14. Mai 1610 die weitgehenden Pläne beider Seiten über den Haufen. Die protestantischen Reichsstände verloren damit ihre stärkste Stütze gegenüber dem Haus Habsburg, was nicht ohne Auswirkung auf die Politik der Union bleiben konnte⁹⁾.

Auch in den habsburgischen Erbländen zeichneten sich bedrohliche konfessionspolitische Entwicklungen ab, was auch in den Unionsakten seinen Ausdruck findet, zu deren regelmäßigem Inhalt die Entwicklung in Böhmen, Mähren, Schlesien, Ungarn und Österreich gehört. Auch im Streit zwischen Kaiser Rudolf und seinem Bruder Matthias hatten die Erblände Stellung zu beziehen, und da im schlesischen Fürstentag der Markgraf sehr bald zu den führenden Persönlichkeiten gehörte, war es natürlich, daß er am 21. Juni 1608 an Stelle des alten Herzogs Karl II. von Münsterberg-Oels, der auch die Stelle des Oberlandeshauptmanns bekleidete, zum Generalfeldoberst der schlesischen Armee bestimmt wurde, womit er in der schlesischen Staats- und Militärpolitik in die vorderste Linie trat¹⁰⁾. Der Markgrafschaft Mähren folgend, die sich infolge der habsburgischen Religionsbedrückungen von Böhmen trennen wollte, erwogen auch die schlesischen Stände diesen Schritt, und da die religionspolitische Entwicklung von der Persönlichkeit des böhmischen Königs abhing, so wünschten die Schlesier an die Stelle des als intolerant befundenen Rudolf II. den als relativ tolerant geltenden Matthias zu setzen, und in diesem Sinne setzte sich der Markgraf seit Ende 1608 ein¹¹⁾.

Die katholische Seite begrüßte die am 7. Juli 1608 vollzogene Wahl Erzherzog Karls zum Breslauer Bischof als ein Gegengewicht gegen den Markgrafen. Die protestantischen Stände hingegen nahmen es übel auf, und ihre Gesandten ließen dies auch den Kaiser wissen, dem sie in Prag die schlesischen Religionsbeschwerden vorbrachten. Die Lage war Anfang August 1608 so gespannt, daß die Protestanten von Ungarn, Österreich, Böhmen, Mähren und Schlesien sich getrennt sammeln und Kaiser und Erzherzog Matthias zwingen wollten, ihnen freie Religionsausübung zuzugestehen. Die Schlesier wollten hierzu 12.000 Reiter aufbringen. Am 29. Juli hatten sie beim Kaiser Audienz, bei der sie ihm „ziemlich scharf und hart“ zuredeten, sich aber zu allen treuen Diensten erboten. Die Entwicklung ging in Richtung einer Föderation. Während der Kaiser zur Bewilligung der Religionsfreiheit neigte, riet der Nuntius und der böhmische Oberstkanzler zu Gewalt-

⁹⁾ Ritter, Briefe Bd. 3. S. 13, 14, 45, 46, 58, 229/30, 265. Winter S. 75.

¹⁰⁾ Ritter, Briefe Bd. 6. S. 378, 386, 412.

¹¹⁾ a. a. O. Bd. 1. S. 715, Bd. 2. S. 135.

maßnahmen, und der spanische Gesandte Zuñiga verwandte sich beim Kaiser gegen konfessionelle Zugeständnisse. Ein Ausschreiben zum böhmischen Landtag machte Rudolf infolge eines Einspruchs von Erzherzog Leopold rückgängig, was bei den Protestanten zu heftiger Erregung führte ¹²⁾. Am 13. Juli 1609 schlossen die schlesischen Stände mit den böhmischen „ein Defensionswerk“, und Rudolf stand jetzt unter ihrem Druck, da sie von ihm zur Sicherung ihrer Glaubensfreiheit einen Majestätsbrief erwarteten. Nach wochenlangen Beratungen unterzeichnete der Kaiser am 9. Juli 1609, empfand aber bald Gewissensbisse und erklärte seinen Räten, daß ihm die Unterzeichnung hundertmal leid sei. Schon forderten die Schlesier dasselbe, und am 20. August 1609 gewährte Rudolf den schlesischen Majestätsbrief. Der Breslauer Bischof erklärte die Urkunde aber als erschlichen und für ihn nicht bindend ¹³⁾.

Katholischerseits befürchtete man, daß eine protestantische Mehrheit nach dem Ableben von Rudolf und Matthias das Haus Österreich von der Nachfolge ausschließen und einen Reichsgubernator wählen könnte, wobei Christian von Anhalt und Johann Georg von Jägerndorf die größten Aussichten hätten, und die Gefahr bestand umso mehr, als Kaiser Rudolf allen Vorstellungen von Verwandten, vielen Fürsten und dem Papst zum Trotz unverheiratet war. Mit Schrecken sah man, wie der Kaiser in Religions- und Profansachen den Ungarn, Österreichern, Böhmen und Schlesiern nachgab. Der Prager Nuntius war über das Zusammengehen dieser Länder besorgt und riet, daß Rudolf bei Papst, Spanien und Erzherzog Albrecht Rat suche. Er wies ernst darauf hin, daß der Kaiser und diejenigen, welche zum Zustandekommen des Majestätsbriefes beigetragen hatten, der Exkommunikation verfallen seien, und Gesandte von Bischof Erzherzog Karl, dem Vetter von Rudolf und Matthias und Bruder Ferdinands II., protestierte am Prager Hof gegen die Religionsbewilligung für Schlesien. Auf der anderen Seite schickten die Mährer Gesandte zu den Böhmen, die Österreicher zum Breslauer Fürstentag, — der in Abwesenheit des Bischofs stattfand —, offenkundig zum Zweck einer Union aller Erbländer ¹⁴⁾.

Für den Markgrafen war das Hauptanliegen die Verbindung der habsburgischen Hauslande mit der Union. Auf dem Unionstag zu Schwäbisch-Hall vom 19.—30. 5. 1609 war man sich darüber einig, daß man sich der evangelischen Stände dieser Lande anzunehmen habe, und Christian von Anhalt wurde mit der Leitung einer aus Vertretern von Kurpfalz, Württemberg, Baden, Oettingen und Straßburg beste-

¹²⁾ a. a. O. Bd. 6. S. 445, 459, 487, 662/63, 709.

¹³⁾ Ritter, Briefe Bd. 8. S. 1/2, 12, 755. Grünhagen S. 139-141.

¹⁴⁾ Ritter, Briefe Bd. 8. S. 27, 28, 47, 61, 67, 89, 175, 201.

henden Gesandtschaft an den Kaiser beauftragt. Da die Verhandlungen fruchtlos blieben, erhielt er den Auftrag, bei den Böhmen und Schlesiern auf eine engere Zusammenarbeit hinzuarbeiten. Er nahm auch schriftliche Verbindung mit Jägerndorf auf und erbot sich am 16. Juli zu guter Zusammenarbeit und zur Förderung der von den schlesischen Gesandten in Prag betriebenen Anliegen, wozu auch das Bündnis mit der Union gehörte. Dankbar nahm der Markgraf das Anerbieten an: „... Damit unsern Religionswiderwärtigen, die zu praticieren nicht aufhören, desto besser und mächtiger begegnet werden könnte, und diese und andere Lande um desto mehr versichert werden möchten, wollten wir von Herzen wünschen, daß zu diesem Ende eine General-konföderation zwischen den evangelischen Kur-, Fürsten und Ständen und dann diesen Landen, wie in particulari zwischen Böhmen und Schlesien schon geschehen, geschlossen und aufgerichtet werden möchte ...“¹⁵⁾.

Während der böhmische Vertreter Budowec von Budowa die Sache aus formalen verfassungsrechtlichen Bedenken aufschiebend behandelte, verfaßten die Vertreter der Union und Schlesiens einen Entwurf der wichtigsten Punkte für eine Zusammenarbeit, worin es heißt: „... Da ... Böhmen und Schlesien ein vornehmer Teil des deutschen Reiches sind, so haben die Gesandten der unierten Reichsstände mit den evangelisch-böhmischen und schlesischen Ständen, teils im eignen Namen, teils auf Ratification ihrer Auftraggeber, folgende Artikel vereinbart: 1. Vertraute Zusammenarbeit. Abwehr all dessen, was gegen die evangelische Religion vorgenommen wird. Kundschaft. Gegenseitige Mitteilung aller bedenklichen Vorgänge. 2. Wenn gegen den Religionsfrieden und dessen „rechten verstant“ oder gegen die bei gegenwärtigem Landtag für Böhmen und Schlesien vom Kaiser gemachten Konzessionen Unruhen erweckt werden; wenn also jemand die unierten Reichsstände und die, welche ihrem Bunde noch beitreten werden, in ihrer Religion und den kirchlichen Einrichtungen zu stören unternimmt, so lassen sich die beiderseitig verbündeten Reichs- und Landstände nicht gegeneinander gebrauchen, sie dulden in ihren Landen keine Werbungen und hindern die Zufuhr aus denselben und die Durchzüge durch dieselben; ihren Verbündeten dagegen gestatten sie Werbungen, den Einkauf alles Nötigen u. dgl. Sollte künftig dem Kaiser oder König eine Steuer bewilligt werden, so werden sie dafür sorgen, daß diese nicht gegen sie selbst verwandt wird“¹⁶⁾.

Markgraf Georg Friedrich von Baden sah die Donauwörther Sache im Zusammenhang mit den allgemeinen Zuständen des Reiches. Ihr Ursprung liege in Rom und Spanien. Das katholische Schrifttum weise

¹⁵⁾ a. a. O. Bd. 2. S. 271, 341, 404, 407-409, 412/13, 418/19.

¹⁶⁾ a. a. O. Bd. 2. S. 404, 407-409, 412/13, 418/19.

aus, daß man die Unterdrückung der Evangelischen suche, und daher setzte er auf einen gütlichen Ausgleich keinerlei Hoffnung. Die evangelischen Stände hätten zu wählen, ob sie ihre Religion verlieren oder dem Angriff männlich und deutsch begegnen wollten. Der Schwäbisch-Haller Unionstag von Januar/Februar 1610 beauftragte daher am 15. Februar den Herzog von Jägerndorf, der an den betreffenden Orten wohlbekannt und gelitten sei, mit den Ständen von Österreich, Böhmen, Mähren und Schlesien Verhandlungen zwecks Zusammenarbeit zu führen, und im März trug Jägerndorf zu Linz das Anerbieten den oberösterreichischen Ständen vor, die es annahmen mit dem Erbieten, alles der Ehre Gottes, seinem reinen Evangelium und dem Frieden des Reichs und der österreichischen Lande Dienliche zu fördern¹⁷⁾. Das Gleiche geschah von den unterösterreichischen Ständen. Beide Erklärungen sandte der Markgraf am 6. April an Kurpfalz mit dem Bemerken, er habe seine Werbung inzwischen auch den evangelischen Ständen von Schlesien vorgetragen und werde dies auch baldmöglichst vor den Böhmen und Mähnern tun. Die Mährer machten allerdings am 15. Mai geltend, sie könnten wegen der engen Verbindung Mährens mit Böhmen sich ohne das andere Land in nichts Neues einlassen. Herr von Rosenberg, der führende Politiker des böhmischen Großgrundbesitzes, berichtete dem Markgrafen über die Schwierigkeiten, welche die Ränke der römisch und spanisch Eingestellten der Sache bereiteten. Auch sei unter den evangelischen Ständen ein Teil weder warm noch kalt, weshalb es bisher noch zu keinem Erfolg gekommen sei. Als der Markgraf auf dem ordentlichen Fürstentag zu Breslau die Verbindung Schlesiens mit der Union vorschlug, wurde ein sofortiger Beschluß wegen der Abwesenheit einiger Stände und der Notwendigkeit einer Landesverteidigung abgelehnt. Die schlesischen Stände wollten den Böhmen nicht vorgreifen und erst sehen, in welcher Richtung die Entwicklung ging¹⁸⁾.

Indessen erzeugten Werbungen der katholischen Seite im Passauischen und im Elsaß bei den Evangelischen weitere Unruhe, so daß Friedrich IV. von Kurpfalz den Kaiser vor den Gefahren warnte, die die „unleidlichen Beschwerden“ der evangelischen Stände und die im kaiserlichen Namen vorgenommenen starken Kriegsrüstungen im Reich mit sich brachten. Wenn die kaiserlichen Räte den Krieg im Jülicher Land als „Zügel und Besen für die Ketzer“ auffaßten, dann möge er bedenken, zu welchen Gedanken dies in Böhmen, Schlesien, Lausitz, Ungarn, Mähren und Österreich führen werde und welche Gefahr ein solcher Funke für die ganze Christenheit bedeute (12. 4. 1610)¹⁹⁾.

¹⁷⁾ a. a. O. Bd. 3. S. 51/52, 102/03, 153.

¹⁸⁾ a. a. O. Bd. 3. S. 231/32, 246-248.

¹⁹⁾ a. a. O. Bd. 3. S. 153, 188-190. 12. 4. 1610.

Am 2. Juni 1610 heiratete der Markgraf Eva Christine, die Tochter des Herzogs Friedrich von Württemberg, mit dem er seit dem Straßburger Streit verbunden war. Seine Aktivität in Schlesien blieb dem Wiener Hof nicht verborgen, so daß Rudolf in einem an den Oberlandeshauptmann gerichteten Schreiben vom 28. 4. 1610 die kurbrandenburgischen Ansprüche auf das Herzogtum Jägerndorf für null und nichtig erklärte und die Anerkennung des Markgrafen als Vasallen und Landstand ablehnte mit der Begründung, daß er auf dem letzten Fürstentage die Fürsten und Stände „zu frembden Conföderationen und ausländischen Bündnissen ohne unser Wissen und Bewilligung zu bewegen sich gelüsten lassen“ und daher sein Gehorsam und Respekt zu bezweifeln sei. Dem Oberlandeshauptmann wurde befohlen, den Markgrafen bis zur Austragung des Rechtsstreites zu keinem Fürstentag oder anderen allgemeinen Landeszusammenkünften und Beratungen einzuladen. Wollte er bis zur Beendigung des Rechtsstreites über Jägerndorf in Schlesien bleiben, habe er sich aller fremden Bündnisse und militärischen Verbindungen zu enthalten. Auch die schlesischen Stände sollten sich von fremden Händeln und der Union fernhalten und ihres schuldigen Gehorsams eingedenk sein ²⁰⁾. Die Schlesier mißtrauten jetzt ihrerseits dem Kaiser, der sich mit der Absicht trug, seinen Bruder Matthias von der Thronfolge auszuschließen und den Thron seinem ganz auf die Rekatholisierung des Reiches eingestellten Neffen Erzherzog Leopold zuzuwenden, dem Gegenkandidaten des Markgrafen im Straßburger Bistumsstreit. Denn nun drohte auch Schlesien und der Kurmark die Gefahr, vom passauischen Kriegsvolk angegriffen zu werden, so daß Johann Sigismund den Markgrafen zu Rate zog und die schlesischen Stände ihn beauftragten, ein Heer von 3000 Mann anzuwerben und damit die schlesischen Grenzen zu sichern. Wie aus einem von den Böhmen aufgefangenen Schreiben hervorgeht, war die Absicht Leopolds, mit Hilfe seiner Truppen die Autorität von Kaiser Rudolf gegen die Stände wiederherzustellen. Der Kaiser hatte sich mit dem Papst, dem König von Spanien, den Bischöfen von Salzburg, Bamberg und Würzburg und einigen böhmischen Ratgebern geeinigt, daß die — angeblich für Jülich bestimmten — Passauer unter Generaloberstwachmeister Ramé nach Böhmen rücken und Prag nehmen sollten. Darauf wollte der Kaiser Erzherzog Leopold zum böhmischen König krönen lassen, den Vertrag mit Matthias umstürzen und den Böhmen den Majestätsbrief und alle anderen Freiheiten nehmen. Die Güter der Nichtkatholiken sollten eingezogen und vor allem die als Führer der protestantischen Stände geltenden Graf Heinrich Matthias von Thurn, Colonna von Fels und Wilhelm von Lobkowitz beseitigt werden. Notfalls sollten der Papst, Spanien, Salzburg und Bayern mit Truppen zu Hilfe kommen. Für den Notfall aber wollte er in den Erblanden alle Bauern aufrufen, sie für

²⁰⁾ Biermann S. 82/83.

ewig frei erklären und ihnen Macht über ihre Herren geben, damit sie diese erschlagen und den katholischen Glauben neu aufrichten könnten²¹⁾. Am 3. September 1610 unterrichtete der auf dem Breslauer Fürstentag weilende Markgraf Kurpfalz über die vom Kaiser und seiner Umgebung drohenden Gefahren. In der Empörung über Rudolf waren sich sämtliche Länder der böhmischen Krone einig, und nach Verhandlungen zweier protestantischer Beauftragter mit Matthias war das Ergebnis der Revers vom 17. 3. 1611, worin sich Matthias verpflichtete, die Stände bei ihren Freiheiten und Rechten zu belassen. Das Bündnis der protestantischen Stände Böhmens und Schlesiens wurde bestätigt. Über vier weitergehende Forderungen war aber noch keine Einigung zu erzielen, darunter die Stiftung eines Bündnisses zwischen allen Landen von Matthias und die Schaffung einer gemeinsamen Verfassung. Die zwei ständisch-protestantischen Bündnisse Ungarn—Österreich—Mähren und Böhmen—Schlesien wären auf diese Weise zusammengeschlossen worden. Dem brandenburgischen Gesandten versicherte Matthias, er sei schon immer in der jülich-schen und jägerndorfschen Sache der brandenburgischen Meinung gewesen. Er stehe zum Augsburger Religionsfrieden und halte ihn für ein Mittel, Frieden, Einigkeit und Vertrauen zu erhalten. Das gelte insbesondere im Verhältnis zu den Protestanten und dem Haus Brandenburg. Am 23. Mai 1611 wurde Matthias mit großem Gepränge zum böhmischen König gekrönt²²⁾. Der Markgraf nahm an seinem friedlichen Einzug in Breslau teil, wo der König im Uthmannschen Hause am Ring wohnte. Nachdem er den Schlesiern ihre Privilegien und den Majestätsbrief bestätigt und den vier anwesenden Fürsten, den Herzögen von Brieg, Münsterberg-Oels, Jägerndorf und Teschen auf die Evangelien geschworen hatte, die politischen und religiösen Freiheiten des Landes zu schützen, huldigten ihm die Stände am 9. Oktober, und am 30. Oktober veranstaltete der Markgraf ihm zu Ehren ein Ring- und Quintanrennen. Das Verfahren um das Herzogtum Jägerndorf und die Herrschaften Beuthen und Oderberg nahm indessen seinen Fortgang, und zu seiner Beschleunigung ließ der Kaiser sogar den Prozeß über das Fürstentum von dem über die Herrschaften abtrennen²³⁾.

Als es nach Kaiser Rudolfs II. Tode darum ging, sich für einen neuen Kandidaten zu entscheiden, wandte man zu Ungunsten von Matthias ein, daß er zu sehr von den Ständen der Erblände abhängig sei. Schließlich wurde er am 13. Juni 1612 einstimmig zum Kaiser gewählt, nachdem er eine Wahlkapitulation beschworen hatte, die den Protestanten nur unerheblich größere Garantien gewährte als die seiner Vorgänger, und die weitere Entwicklung hing nun davon ab, ob er

²¹⁾ Univ.-Lex. Bd. 32. Sp. 1732. Ritter, Briefe Bd. 9, S. 165/66. 26. 2./31. 1. 1611.

²²⁾ Ritter, Dt. Gesch. Bd. 2. S. 387/88. Ritter, Briefe Bd. 3. S. 425; Bd. 9. S. 105, 185/86, 210, 248-256. Winter S. 94-100.

willens und in der Lage sein würde, die schroffen Gegensätze durch eine Politik des Ausgleichs und der Versöhnung zu überbrücken ²⁴⁾. Die Voraussetzungen dazu waren jedoch nicht günstig, zumal auf höchster Ebene nicht der Geist des Friedens herrschte. Papst Paul V. rügte am 13. Oktober 1612 den Mainzer Kurfürsten, daß er zu wenig für die Erhaltung und Förderung der Liga tue, der Kölner Nuntius sagte der Liga 200.000 Scudi zu, und der päpstliche Legat beim Reichstag tat alles, um den Kampfgeist der Liga im restaurativen Sinne wachzuhalten. Auf den Reichstagen waren die Bemühungen der Evangelischen um Abhilfe für ihre Gravamina weiterhin erfolglos. Vor allem das Gravamen: „Wie die Papisten mit ihren Untertanen verfahren: Daß sie keinen Evangelischen aus der Leibeigenschaft entlassen, keinem . . . das Zeugnis ehelicher Geburt erteilen, keines Untertanen Kind an evangelischen Orten dienen, zur Schule gehen oder studieren, viel weniger heiraten lassen, ja solchem nicht einmal die väterliche oder mütterliche Hinterlassenschaft ausfolgen lassen.“ Hinzu kam, daß sich protestantischerseits die Hoffnungen auf den neuen Kaiser nicht erfüllten ²⁵⁾. Matthias, der es verstanden hatte, das Vertrauen der protestantischen Stände zu erwerben, und mit ihrer Hilfe die böhmische Königskrone und die Kaiserkrone erlangt hatte, ließ sich von den Ligisten beherrschen, und obgleich er sich in der Wahlkapitulation verpflichtet hatte, die Stände beider Bekenntnisse bei ihren Freiheiten und Privilegien zu belassen, half er nicht einmal denjenigen Religionsbeschwerden ab, denen abzuhelpen in seiner Hand lag. Im März 1613 schloß er ein Bündnis mit König Sigismund III. von Polen, der durch seine Ehe mit Anna, der Schwester Ferdinands II., mit dem Kaiserhaus verschwägert war. Darin sicherten sie sich gegenseitige Unterstützung gegen Rebellen und äußere Feinde zu. Da der polnische Reichstag für einen Kriegseintritt nicht zu haben war, mußte sich Sigismund mit anderen Mitteln begnügen, dem Kaiser zu helfen, und dies geschah hauptsächlich dadurch, daß er Druck auf das benachbarte Schlesien ausübte und die Anwerbung polnischer Kosaken gestattete. Es liegt nahe, daß er auch mit seinem bischöflichen Schwager Erzherzog Karl in ständiger Verbindung stand, und so sandte er 1616 an den Fürstentag ein drohendes Schreiben mit der Erklärung, daß er eine Bedrängung seines Verwandten nicht dulden könne ²⁶⁾.

Schwer lastete auf allen Reichsständen die Bedrohung durch die Türken, so daß auch Schlesien Truppen nach dem Südosten entsandte.

²³⁾ Biermann S. 85. Quintanrennen: Ein Reiterspiel, bei dem es gilt, mit einer mit abbrechbarer Spitze versehenen Lanze das linke Auge eines hölzernen Mannes zu treffen. (Univ.-Lex. Bd. 32. Sp. 1742.)

²⁴⁾ Ritter, Briefe Bd. 10. S. 122/23. Winter S. 104-107.

²⁵⁾ Ritter, Briefe Bd. 11. S. 33, 177, 228.

²⁶⁾ Ritter, Briefe Bd. 11. S. 236, 592. Ritter, Dt. Gesch. Bd. 2. S. 448; Bd. 3, S. 63/64. Grünhagen S. 155.

Für die Protestanten lag freilich eine Problematik darin, daß das evangelische Siebenbürgen, wenn es die Kaiserlichen besetzten, der Gegenreformation ausgeliefert wäre, weshalb sie auch lieber unten den Türken sein wollten. Die Protestanten fürchteten zudem für den Fall eines Türkenkrieges, daß die Liga stark rüsten und dafür lauter katholische Regiments- und Heerführer anstellen würde, die nach dem Türkenkrieg die Heere gegen die Evangelischen führen könnten²⁷⁾.

Im Rheinland führte die Doppelregierung der beiden Statthalter zu neuen Streitigkeiten. Aus einer Besprechung von Johann Sigismund mit dem Pfalzgrafen entstand tödlicher Haß, und um sich die Hilfe der katholischen Mächte zu sichern, trat Wolfgang Wilhelm im Juli 1613 in München zum Katholizismus über. Johann Sigismund hingegen erklärte am 28. September seinen Beitritt zur reformierten Kirche, womit er sich die Niederländer zu Verbündeten machte, verzichtete aber durch Revers vom 15. 2. 1615 gegenüber den Lutheranern auf jeden Zwang zu Gunsten des reformierten Bekenntnisses. Sein Bruder Johann Georg erklärte schon am 13. September zu Berlin öffentlich seinen Beitritt zum Calvinismus und nahm Weihnachten gemeinsam mit dem Kurfürsten das Abendmahl nach reformiertem Brauch. Den dadurch beunruhigten Schlesiern versicherte er, daß ihr augsburgisches Bekenntnis dadurch nicht im geringsten beeinträchtigt werde. Schon seit 1605 scheint er sich mit dem Gedanken getragen zu haben, diesen Schritt zu tun, um die letzte Konsequenz zu ziehen aus den Einblicken, die ihm sein vertrauter Verkehr mit Kurpfalz und anderen reformierten Reichsständen verschafft hatte²⁸⁾.

Am 4. April war der Markgraf zum Statthalter der Mark Brandenburg und zum Leiter des Geheimen Rates ernannt worden. Der letzte Vorgang bedeutete eine Verschärfung der brandenburgischen Politik gegenüber dem Kaiser, zumal Rudolf sowohl wie Matthias als Könige von Böhmen und Lehnsherren von Jägerndorf dem Markgrafen die Belehnung versagt hatten. Umso mehr bemühte sich dieser als Vertrauensmann Christians von Anhalt und der Union, die Beziehungen zu den böhmischen, mährischen und schlesischen Protestanten zu intensivieren²⁹⁾. Auch setzte er sich als Statthalter des zu einer Kur gereisten Kurfürsten dafür ein, mit Sachsen zu einer Bereinigung des Jülichischen Erbfolgestreites zu gelangen. Den evangelischen Ständen bereiteten nämlich gegenwärtig die sächsischen Ansprüche Sorge. Sie befürchteten, daß die katholischen Stände den Streit zu ihren Gunsten ausnutzen könnten, um Kursachsen auf ihre Seite zu ziehen, da sie dann im Falle eines Entscheidungskampfes ihren Sieg für gesichert

²⁷⁾ Ritter, Briefe Bd. 11. S. 112, 257, 426, 808.

²⁸⁾ Univ.-Lex. Bd. 32. Sp. 1742. Ritter, Dt. Gesch. Bd. 2. S. 398/99.

²⁹⁾ Ritter, Dt. Gesch. Bd. 2. S. 398/99.

hielten³⁰⁾. Johann Sigismund war entschlossen, noch vor dem nächsten Reichstag sich mit Sachsen zu vergleichen und zwar auf Grund einer Dreiteilung der Lande, und der Anfang dazu sollte im Juni 1613 in der Moritzburg zu Halle/Saale gemacht werden, wohin der Magdeburger Administrator Christian Wilhelm von Brandenburg, der jüngste Bruder von Johann Sigismund, diesen, Jägerndorf und Kurfürst Johann Georg I. von Sachsen mit Gemahlinnen geladen hatte. Der Sachse sagte aber ab, und am 14. Juni verhandelten die drei Erstgenannten mit sächsischen Unterhändlern, wobei Brandenburg eine Geldentschädigung bot. Die Sachsen bestanden aber auf einer Teilung. Am 19. Januar 1614 fand sich Jägerndorf mit anderen Unterhändlern in Dresden zu einer neuen Besprechung ein, die ebenfalls erfolglos verlief³¹⁾, und als Ende März 1614 die Herrscher von Sachsen, Hessen und Brandenburg in Naumburg/Saale zur Erneuerung der Erbverbrüderung zusammentraten, nahm im kurfürstlichen Gefolge an dieser glänzenden Fürstenversammlung auch der Markgraf mit Gemahlin und einem eigenen Gefolge von 20 Personen und 80 Pferden teil³²⁾.

Als Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm nach dem Tode seines Vaters am 22. August 1614 selbst Reichsfürst wurde, war ihm seine Konversion sogleich dienlich, indem ihm die Liga einen Geldzuschuß bewilligte, und am Niederrhein standen sich eine niederländische Armee unter Moritz von Nassau und die Spanier unter Spinola kampfbereit gegenüber. Die Drohung eines neuen spanisch-niederländischen Krieges bewog jetzt England und Frankreich einzugreifen, so daß es in Xanten zu Friedensverhandlungen kam mit Brandenburg und Neuburg als Parteien und Vertretern Englands, Frankreichs und der übrigen Fürsten als Vermittler. Durch den Vertrag vom 12. November 1614 wurde die bisherige Doppelregierung aufgelöst. Kleve, Mark, Ravensberg und Ravenstein mit kleineren Herrschaften wurde Brandenburg, Jülich und Berg Neuburg zugewiesen. Titel, Wappen und Ansprüche auf sämtliche Lande aber sollten gemeinsam bleiben. Der Xantener Vertrag verhinderte, daß schon damals ein europäischer Krieg ausbrach. Für die Union hatte der Vertrag eine nachteilige Nebenwirkung: Als die brandenburgischen Gesandten auf dem am 10. April 1617 beginnenden Heilbronner Unionstag die Aufnahme ihrer neuen Lande in die Union beantragten, um sie unter deren Schutz zu stellen, lehnte es die Versammlung ab, worauf Brandenburg von der Union zurücktrat³³⁾.

Als Anfang 1615 der Kurfürst nach Ostpreußen reiste, wurde der Markgraf erneut zum Statthalter der Kurlande ernannt, ebenso 1616. Ostern

³⁰⁾ Ritter, Briefe Bd. 11. S. 33, 77, 112; Bd. 10. S. 686.

³¹⁾ a. a. O. Bd. 11. S. 396, 435-437, 448/49, 811.

³²⁾ Brockhaus 2. Sect. 20. T. S. 438/39.

³³⁾ Fix. S. 78/79. Ritter, Dt. Gesch. 2. S. 405-410, 422-425.

1615 kam es in Berlin zu einem Aufruhr der Lutheraner, als auf kurfürstlichen Wunsch im Zuge der Reformierung des Berliner Domes einige lutherische Bilder und Gerätschaften entfernt wurden. Dabei wurde der Markgraf verwundet und geriet sogar in Lebensgefahr³⁴⁾. Am 29. Juli 1616 wählte das Ordenskapitel der protestantischen Ballei Brandenburg des Johanniterordens den Markgrafen zum Herrenmeister, dem Leiter der Ballei, mit Sitz und Residenz in Sonneburg. Sein Neffe Georg Wilhelm entzog ihm jedoch als Nachfolger Johann Sigismunds diese Pfründe und erklärte den Ordensstuhl für erledigt, weil er nachteilige Auswirkungen auf sein Land befürchtete, obwohl er nach der Ordenssatzung zu dieser Maßnahme nicht berechtigt war. Der Markgraf erkannte sie aber nicht an, so daß erst nach seinem Tode das Ordenskapitel eine Neuwahl vornahm³⁵⁾.

Inzwischen hatte sich das Verhältnis der protestantischen Stände zur Prager Regierung weiter verschlechtert, beeinflußt von den Katholikenführern Sdenko von Lobkowitz, Slawata, Martiniz und Adam von Sternberg, so daß Zierotin, der Wortführer der Mährer, Hartwig von Stitten, dem Gesandten des Markgrafen, erklärte, daß, wenn es so weitergehe, die Zeiten Kaiser Rudolfs als glücklich erscheinen würden. Dem zum 5. Juni 1617 ausgeschriebenen Landtag sahen die Stände mit Widerwillen entgegen. War doch Hauptprogrammpunkt die Wahl Ferdinands von Steiermark zum König von Böhmen. Damit wollte die katholisch-spanische Partei dafür sorgen, daß die Nachfolge von Matthias dem Hause Habsburg und dem Katholizismus gesichert bleibe. Hatte schon Matthias die protestantischen Erwartungen enttäuscht, so war von Ferdinand nur Feindschaft und unnachgiebige Bekämpfung ihrer Ansprüche zu erwarten. War doch seine Einstellung, er wolle lieber allen Kronen entsagen, als irgend eine Gelegenheit versäumen, dem Glauben seiner Kirche den Sieg über alle Neuerungen zu erkämpfen; oder lieber unter Martern und Qualen sein Leben aushauchen, als eine der wahren Kirche von Ketzern zugefügte Beleidigung ungerächt in seinen Staaten zu dulden³⁶⁾. Die Wahl wurde gelenkt, indem die Regierung Ferdinands Erbrecht als etwas gesetzlich Unbestreitbares hinstellte, die Behauptung aufstellte, daß Böhmen seit 1526 ein Erbreich sei, und mit Druck und Drohung arbeitete, so daß nur die Protestantenführer Graf Matthias Thurn und Colonna von Fels das Recht der freien Wahl zu behaupten wagten und am 6. Juni 1617 Ferdinand nicht gewählt, sondern nur „einstimmig angenommen“ wurde. Am 29. Juni wurde Ferdinand gekrönt³⁷⁾. Auch die schlesischen Stände erkannten Ferdinand als König an, und der Markgraf

³⁴⁾ Brockhaus 2. Sect. 20. T. S. 438/39. Univ.-Lex. Bd. 12. Sp. 1735, 1796/97.

³⁵⁾ Brockhaus 2. Sect. 20. T. S. 431.

³⁶⁾ Depner S. 246. Ritter, Dt. Gesch. Bd. 2. S. 396, 442/43.

³⁷⁾ Winter S. 128-131.

übernahm es, dem neuen Herrscher den Beschluß der Stände zu überbringen. Im Prozeß des Kaisers, des Königs von Böhmen und Obersten Herzogs in Schlesien gegen den Markgrafen um die Herrschaften Beuthen O/S und Oderberg vor dem Breslauer Oberrecht, der unter Leitung des als königlicher Oberrichter amtierenden Oberlandeshauptmanns Johann Christian von Brieg am 21. April 1617 und 17. Mai 1618 zum vierten und fünften Mal verhandelt wurde, entschied das Gericht zu Gunsten von Ferdinand, der die Gebiete mit seinen Krongütern vereinigte³⁸⁾.

Als sich im Fenstersturz zu Prag am 23. Mai 1618 die seit vielen Jahren angesammelten Spannungen entluden, stand der Markgraf auf der Seite der Aufständischen, wo er bei seinem kämpferischen Charakter, seinen internationalen Erfahrungen und seinen Einblicken in Wesen, Methoden und Ziele der Gegenreformation eine führende Rolle übernahm und als Politiker zu den Vertretern des folgerichtigen anti-habsburgischen Kurses gehörte. An den Verhandlungen, durch welche der böhmische Aufstand und die Losreißung Böhmens von der habsburgischen Herrschaft vorbereitet wurde, waren die Schlesier nicht beteiligt³⁹⁾, auch betonten sie ihre Kaisertreue, standen aber seit 1611 unter dem Eindruck der in Braunau, Klostergrab und vielen schlesischen Orten vollzogenen gegenreformatorischen Gewaltmaßnahmen. Hatte es in der Vergangenheit auch ständig nationale Reibungen zwischen Böhmen und Schlesien gegeben, so verband doch beide Länder das gemeinsame Interesse an der Erhaltung der in den Majestätsbriefen vom Kaiser verbürgten religiösen Freiheiten, gegen die seitens des Landesherrn laufend verstoßen wurde, und zu deren Erhaltung man die böhmisch-schlesische Union vom 25. Juni 1609 geschlossen hatte. Die Schlesier wußten auch von den fortdauernden kaiserlichen Truppenwerbungen und seiner Bündnispolitik innerhalb und außerhalb des Reiches, die auf Kriegsvorbereitungen schließen ließen, und sahen als Folge voraus, daß durch ein unter religiösem Vorzeichen veranstaltetes Blutbad ein Land in Verzweiflung getrieben werden könne⁴⁰⁾.

Auch der reformierte Oberlandeshauptmann war sich der Notwendigkeit eines schlesischen Zusammengehens mit Böhmen in der Frage der Religionsbeschwerden bewußt, und als er am 31. Mai die Meinungen der nächstangesessenen Fürsten einholte, war es natürlich, daß er den über die größten politischen Erfahrungen und Verbindungen verfügenden, ebenfalls reformierten Jägerndorf als ersten hörte, und dessen Meinung ging dahin, man müsse höher als „die Offension, so etwa daraus geschöpft werden möchte“, die Erhaltung des Maje-

³⁸⁾ Brockhaus 2. Sect. 20. T. S. 431. A. P. 1. S. 14/15.

³⁹⁾ Grünhagen S. 162/63.

⁴⁰⁾ A. P. 1. S. 89-93.

stätsbriefes und die Verbindung der beiden Länder bewerten, deren keins das andere verlassen dürfe, „sintemal ein jeder in der Gefahr stehet und besorgen muß, daß, wenn die nächste Scheidewand glüht, auch die eigene Sache betroffen wird“ ⁴¹⁾. Herzog Carl Friedrich von Oels, Landeshauptmann und Räte von Liegnitz in Abwesenheit des Herzogs und die Stadt Breslau stimmten umgehend zu, und die Voraussicht, daß, wenn der Aufstand mit Waffengewalt niedergeworfen würde, auch in Schlesien die Religionsfreiheit beseitigt werden würde, war begründet. Denn wenn Kaiser Matthias ohne Rücksicht auf die Tatsachen an der Behauptung festhielt, daß der Majestätsbrief weder in Böhmen noch in Schlesien verletzt worden sei, war nach einer Niederwerfung des Aufstandes von ihm keine günstigere Einstellung zu erwarten, zumal auch die Unversöhnlichkeit König Ferdinands bekannt war ⁴²⁾. Bestätigt wurde dies durch die auf Regierungsseiten eingenommene Haltung. Hier ging das Gutachten des leitenden Staatsmannes Kardinal Klesl dahin, man müsse als Grund des Aufstandes die Ketzerei sehen, die ihrer Natur nach zur Empörung neige, und in der von der kaiserlichen Regierung geübten Nachsicht. Die landesherrliche Regierung solle der Leitung der protestantischen Stände unterworfen werden mit dem Endziel der Unterdrückung des Landesfürsten und der Katholiken. Die vom Kaiser daraus zu ziehende Folgerung sollte sein, daß der Protestantismus als Wurzel allen Übels ausgerottet werden müsse. Ungeachtet dessen, daß der Kardinal die Gründe für den Aufstand bewußt umkehrte, war die von König Ferdinand, Erzherzog Maximilian und dem spanischen Gesandten Oñate geführte Kriegspartei willens, Klesls Schlußfolgerung kompromißlos gerecht zu werden. Da man diesem aber eine stille Begünstigung der Empörer vorwarf, wurde er gestürzt, und die Leitung der Regierung übernahm König Ferdinand. Ende Juli 1618 rückten die ersten kaiserlichen Truppen unter Dampierre in Böhmen ein ⁴³⁾.

Das ganze Bestreben Jägerndorfs und seines Vertreters und Sondergesandten Hartwig von Stitten war, Schlesien zum Zusammengehen mit Böhmen zu bewegen und den Böhmen zu versichern, daß die Schlesier das, was sie zufolge „der einmal aufgerichteten Conjunction zu thun schuldig, demselben aufrichtig und treulich nachzukommen, nicht unterlassen“ würden. Auf dem zum 3. Juli 1618 einberufenen Fürstentag zu Breslau wurde u. a. die Werbung von 4000 Mann Fußvolk und 2000 Reitern beschlossen und mit Werbung und Bestallung der Markgraf als des Landes Generalfeldoberst beauftragt. Am 18. August beklagte er sich aber beim Oberamtsverwalter, daß kein Pul-

⁴¹⁾ Wörtlich: „Rem suam agi, parles cum proximus ardet.“ (Grünhagen S. 164-166.) A. P. 1. Anm. S. 71/72.

⁴²⁾ Grünhagen S. 167.

⁴³⁾ Grünhagen S. 167/68. Ritter, Dt. Gesch. Bd. 3. S. 9, 32.

ver aufzutreiben sei. Aus Krakau seien ihm wöchentlich 20 Stein versprochen worden, der Zentner zu 20 Talern, doch da er fürchtete, daß die polnische Obrigkeit den Export verhindern würde, bat er in Breslau, für die Beschaffung zu sorgen ⁴⁴⁾. Die Berichte, die aus Prag über den böhmischen Kriegsbeginn nach Schlesien gelangten, erregten die öffentliche Meinung immer mehr und steigerten den Wunsch nach einem Anschluß an den Aufstand. Am 23. August 1618 trat ein neuer Fürstentag zu Breslau zusammen, bei dem als Vertreter der böhmischen Stände Ulrich von Gersdorf und Georg Hauenschild erschienen, um an die 1609 übernommenen Verpflichtungen zu erinnern. Noch aber überwog in der Versammlung die Meinung, daß ein militärisches Eingreifen Schlesiens die schlesischen Bemühungen, den Kaiser zu Zugeständnissen zu bewegen, beeinträchtigen könnte ⁴⁵⁾.

Von den geworbenen Truppen war die Hälfte zum Schutz der schlesischen Grenze eingesetzt. Mit der anderen Hälfte unter dem Kommando des Markgrafen wollte dieser ungeachtet dessen, daß Abgesandte sich in Wien um die Erhaltung seiner Beuthener Pfandschaft bemühten, den dringenden Bitten von Thurn, Fels und Hohenlohe entsprechend den Kaiserlichen in die Flanke fallen, um sie im Zusammenwirken mit Thurn zu vernichten, und am 13. September meldete er dem erst im August endgültig zum Oberlandeshauptmann ernannten Herzog Johann Christian, daß er im Begriff stehe, in die Grafschaft Glatz einzurücken, fragte an, ob er weiter vorrücken oder zurückgehen solle, und bezog in dem damals zu Böhmen gehörenden Glatz und Umgebung Quartier. Schon wurden ihm die böhmischen Marschkommissare entgegengesandt, als ihn die Entscheidung des Oberlandeshauptmanns erreichte, daß darüber der für Oktober zusammengerufene Fürstentag entscheiden müsse. Auf die Vorhaltungen Christian von Anhalts erwiderte Johann Christian, daß er nichts dagegen getan hätte, wenn der Markgraf ohne weiteres in Böhmen einmarschiert wäre, daß er aber, um Erlaubnis gefragt, nicht anders handeln konnte. Damit war die Aussicht, den Kaiserlichen einen schweren Schlag zu versetzen, vertan, und die Enttäuschung der böhmischen Direktoren, in denen Jägerndorf feste Zuversicht auf unmittelbare Hilfe erweckt hatte, groß. Das Verhalten Johann Christians findet seine Rechtfertigung in dem Fürstentagsbeschluß vom 14. Juli 1618, der einen offensiven Einsatz des schlesischen Kriegsvolkes unterband. Er wurde im Beisein des kaiserlichen Vertreters Frh. von Stralendorf gefaßt, der eingangs den kaiserlichen Willen erklärt hatte, die Schlesier bei ihren Privilegien einschließlich Majestätsbrief belassen zu wollen. Dieses Versprechen dürfte nicht ohne Einfluß dafür gewesen sein, daß der Fürstentag die Rolle der schlesischen Truppen auf die Defensive be-

⁴⁴⁾ Biermann S. 86. A. P. 1. S. 100, 186. 1 Stein = 1/5 Zentner.

⁴⁵⁾ Gindely Bd. 1. S. 403. A. P. 1. S. 198.

schränkte. In der Bestallung für den Generalfeldoberst heißt es u. a., daß das geworbene Kriegsvolk „bloß und allein zu Sicherung und Defension dieses . . . Landes gelangen . . . möge“. Der Generalfeldoberst soll das Kriegsvolk ohne Vorwissen und Bewilligung des kaiserlichen Oberamts (vertreten durch den Oberlandeshauptmann) und der nächstgesessenen Fürsten und Stände „in keinerlei Wege anders wohin zu gebrauchen“ und „anders nichts vorzunehmen“ befugt sein. Damit war dem Markgrafen die Entfaltung jeder Eigeninitiative verboten und eine wirksame, offensive Kriegsführung unmöglich gemacht. Die genannten Heerführer drückten dem Markgrafen sowohl wie den schlesischen Ständen ihre bittere Enttäuschung über die Entscheidung aus, die sie als Bruch der im Bündnis von 1609 übernommenen Verpflichtungen bezeichneten ⁴⁶⁾.

Auf dem am 1. Oktober 1618 beginnenden Fürstentag hing von den schlesischen Entschlüssen sehr viel ab, weshalb auch der Kaiser und die Böhmen eine Gesandtschaft geschickt hatten. Da Matthias die Verletzung der Religionsfreiheiten leugnete und die Waffenniederlegung verlangte, kam die kaiserliche Botschaft schlecht an, während die Bitten und Vorstellungen der Böhmen auf umso fruchtbareren Boden fielen und am 12. Oktober zum entscheidenden Beschluß des Fürstentages führten, den Böhmen von dem geworbenen Kriegsvolk 1000 Reiter und 2000 Mann zu Fuß unter dem Kommando des Markgrafen zuzuführen. Das Hilfskorps wurde dem böhmischen Heer angeschlossen, das unter dem Befehl von Graf Thurn in Mähren einrückte ⁴⁷⁾. Damals bewilligte die Union den Böhmen die Bürgschaft für ein Darlehen von 200.000 Gulden, welches die Stadt Nürnberg zahlte ⁴⁸⁾. Aus seinem Quartier in Litschau bei Budweis warnte der Markgraf den Oberlandeshauptmann davor, den auf versöhnliche Tonart abgestimmten Verhaltensweisen Ferdinands und seiner Räte zu trauen, da es nur den Zweck habe, die böhmischen Stände zu ermatten und Zeit zu gewinnen, um dann ihre eigentlichen Absichten mit Gewalt durchzuführen. Er bat daher, den Böhmen auf ihr Ansuchen umgehend noch wenigstens 4 Fähnlein Fußvolk und 3 Fähnlein Reiter zu schicken, um die Überlegenheit der kaiserlichen Truppen auszugleichen. Durch den böhmischen Vormarsch wurde Mähren mitgerissen, sich dem Aufstand anzuschließen und eine von Habsburg unabhängige Regierung von 30 Direktoren zu bilden. Nun forderte der österreichische Protestantenführer Ludwig von Starhemberg Thurn auf, in Niederösterreich einzumarschieren, wo man auf ihn wie auf einen Messias warte. Anfang Juni 1619 erreichte Thurn die Vorstädte von Wien, und im Oktober 1619 stand gemeinsam mit den böhmischen

⁴⁶⁾ Gindely Bd. 1. S. 403-405. Grünhagen S. 169/70. A. P. 1. S. 89, 106/07, 277, 284-286.

⁴⁷⁾ Grünhagen S. 170. A. P. 1. S. 217/18, 269. Ritter, Dt. Gesch. Bd. 3. S. 9, 32.

⁴⁸⁾ A. P. 1. S. 336 Anm. Ritter, Dt. Gesch. Bd. 3. S. 9, 32.

Generalen Bethlen Gabor von Siebenbürgen, der neue Beherrscher Ungarns, vor der eingeschlossenen Hauptstadt ⁴⁹⁾).

Am 10. März 1619 starb Kaiser Matthias, worauf König Ferdinand die Regierung übernahm und von den Schlesiern nach der Eventualhuldigung von 1617 die endgültige Huldigung begehrte. Der im April 1619 tagende Fürstentag erklärte aber, daß nach den Bestimmungen der Union mit Böhmen erst den Religionsbeschwerden abgeholfen sein müsse. Außerdem widerspreche es dem Herkommen, wenn Schlesien vor den anderen Kronlanden huldige. In Prag waren die Direktoren entschlossen, Ferdinand unter keinen Umständen an die Regierung zu lassen und die habsburgische Herrschaft zu stürzen. Daher kamen sie auch den Schlesiern entgegen, die eine verfassungsmäßige Gleichstellung in den Ländern der böhmischen Krone erstrebten und u. a. verlangten, daß ihnen bei der Neubesetzung des Thrones eine entscheidende Stimme eingeräumt werden sollte ⁵⁰⁾. Die Bemühungen innerhalb der Union, den zuletzt vom Heilbronner Unionstag Juni 1619 aufgestellten Plan einer Vereinigung sämtlicher protestantischen Reichsstände zu verwirklichen, scheiterte an den Gegenwirkungen Sachsens. Der Hofprediger Hoe von Hohenegg hatte den Kurfürsten und seine Räte völlig in seinem Banne, und seit der Wahl des reformierten Friedrich V. zum böhmischen König konnte der Gedanke eines Zusammengehens mit der Kurpfalz und der Union der sächsischen Regierung nur ein Greuel sein. So war es auch Sachsen, das durch seine Haltung die Kaiserwahl am 28. August 1619 zu Gunsten Ferdinands entschied, so daß sogar schließlich Kurbrandenburg und Kurpfalz für den Kandidaten der römischen Kirche stimmten, der die Bekämpfung der Ketzerei als seine wichtigste Lebensaufgabe betrachtete ⁵¹⁾.

Zur gleichen Zeit, als Ferdinand die Kaiserkrone errang, nahmen ihm die böhmischen Kronlande die Königskrone. In der Überzeugung, daß unter habsburgischer Herrschaft die protestantische Religionsfreiheit und eine größere Selbständigkeit nicht zu erreichen sei, trat am 8. Juli 1619 zu Prag der Generallandtag mit der festen Absicht zusammen, sich vom Hause Habsburg loszureißen. Auch die Schlesier, vertreten durch Hartwig von Stitten, Georg Gerhardt, Albrecht von Rohr, Balthasar Schimonsky und Samuel Roth, sowie die Lausitzer standen von Anfang an auf Seiten der Böhmen, und nach der Entscheidung des Brünner Landtages auch die Mährer. In Gestalt der Konföderationsakte, die am 31. Juli 1619 von den Gesandten Böhmens, Mährens, Schlesiens, der Oberlausitz und Niederlausitz beschworen wurde,

⁴⁹⁾ Winter S. 163/64. A. P. 3. S. IV; Bd. 2. S. 70.

⁵⁰⁾ Grünhagen S. 172. A. P. 2. S. 93-97.

⁵¹⁾ Winter S. 166-170. Ritter, Dt. Gesch. Bd. 3. S. 66/67.

gaben sich die fünf unierten Lande eine Bundesverfassung, die der königlichen Zentralgewalt engste Grenzen setzte und u. a. die freie Königswahl festlegte. Ferner wurde u. a. festgelegt: Der böhmische Oberste Kanzler soll evangelisch sein, ebenso der schlesische Oberlandeshauptmann, alle Landeshauptleute und Kanzler der Erbfürstentümer. Die Majestätsbriefe werden auch für Mähren und die Lausitz als Gesetz aufgenommen und umfassend erweitert. Den Evangelischen wird volle Religionsfreiheit zugesichert. Katholiken sollen zu Landesämtern nur dann zugelassen werden, wenn sie Konföderationsakte und Majestätsbrief eidlich anerkennen. Schlesier, Böhmen und Mährer gelten untereinander nicht als Ausländer und sind daher unbeschränkt erb- und grunderwerbsfähig, der Bischof darf Steuern und Kontributionen nur als Territorialherr beziehen, nicht von der Geistlichkeit außerhalb seines Fürstentums. Der Erwerb des Bürger- und Meisterrechts ist von der Konfession unabhängig. 16 Tage später schloß diese Konföderation mit den protestantischen Ständen Ober- und Niederösterreichs ein weiteres Bündnis. Zum Oberbefehlshaber der Konföderationsstreitmacht wurde Christian von Anhalt ernannt, da sich der andere Anwärter, Markgraf Joachim Ernst von Brandenburg-Ansbach, im Kriegsdienst des Königs von Frankreich befand ⁵²⁾.

Bei den Prager Beratungen, in denen die Ablösung Ferdinands II. beschlossen wurde, war auch der Markgraf zugegen, der von den schlesischen Gesandten aus dem Kriegslager zu den entscheidenden Beratungen hinzugezogen worden war, und unter seinem Zutun entschieden sie ungeachtet schwerer Bedenken, daß die Herstellung einer gerechten Regierung, die Sicherung der Landesfreiheiten und die Aufrechterhaltung freier Übung der evangelischen Religion nimmermehr unter der Herrschaft König Ferdinands zu erreichen sein werde. In der Gesamterklärung setzten sie an Stelle einer Verwerfung Ferdinands die Wendung durch, „er habe sich selber der Regierung über die Länder begeben und entsetzt“. Auch an den Beratungen über die am 27. August erfolgende Wahl eines neuen Hauptes nahm der Markgraf teil. Der zum 13. August einberufene schlesische Fürstentag ernannte durch Beschluß vom 30. September 1619 „zur Handhabung mehrgeregter Conföderation“ Defensoren, darunter ebenfalls den Markgrafen, und am 1. und 22. Oktober leisteten die schlesischen Fürsten und Stände öffentlich den Eid auf die Konföderation, für den Markgrafen Hartwig von Stitten. Auch die katholische Geistlichkeit leistete ihn. Nur Bischof Erzherzog Karl hatte sich schon im September an den Hof seines Schwagers Sigismund von Polen begeben.

Da in Böhmen und Mähren die kaiserlichen Truppen im Angriff waren, erbot sich Schlesien, beiden militärische Hilfe zu leisten ⁵³⁾. Nur wirkte

⁵²⁾ Winter S. 171/72. Ritter, Dt. Gesch. Bd. 3. S. 43-45. A. P. 2. S. 339/40, 359. Konföderationsakte: S. 372-385. Spezialartikel für Schlesien: Bd. 3. S. 315-320.

⁵³⁾ Grünhagen S. 174-179. A. P. 2. S. 289, 302, 343, 346, 359/60, 362, 387.

sich für die schlesische Hilfeleistung sehr ungünstig aus, daß das Land ständig mit Angriffen polnischer Truppen rechnen mußte und daher zum Schutz der Grenze gegen Polen selbst Soldaten benötigte. Wie nachteilig sich die Verschwägerung zwischen Kaiserhaus und polnischem König mit seiner Verquickung konfessioneller und weltlicher Interessen für die Konföderation auswirkte, zeigt das Schreiben der schlesischen Stände vom 9. März 1620 an Erzherzog Karl, den man nicht ohne Grund bezichtigte, Feindseligkeiten gegen sein Land zu spinnen. Eingangs wird dem Bischof vorgehalten, er habe seit seinem Regierungsantritt einen sonderbaren Eifer gegen die freie Religionsübung im Lande entfaltet, überholte bischöfliche Ansprüche und Rechte wieder hervorgesucht und den Majestätsbrief seinem Inhalt zuwider ausgelegt. Bald nach seiner Abreise an den Warschauer Hof seien die Schlesier dort als Rebellen beschimpft worden. Man habe die Kriegshilfe für den Kaiser angetrieben und beschuldige die Fürsten und Stände der Bekämpfung und Ausrottung der katholischen Religion und der öffentlichen Vergewaltigung der Kirchen zu Breslau. Als Bischof von Breslau gestehe er dem König von Polen das Patrocinium der Breslauer Kirchen zu und habe gebeten, ihm zu vergönnen, diejenigen polnischen Herren, die ihm ihre Dienste versprochen hätten, gegen Schlesien zu führen. Fast täglich verlaute seit seinem Warschauer Aufenthalt aus Polen, daß er seine Einkünfte dazu verwende, um Kriegshilfe gegen diese Lande auf die Beine zu bringen. Nachdem man polnischerseits immer wieder darauf hingewiesen hatte, daß man dem Kaiser vertragsgemäß Hilfe leisten müsse, schickte Sigismund seinem Schwager Ferdinand im Jahre 1619 8000 Kosaken, die in Oberschlesien, Mähren und Österreich die größten Greuel verübten. Im Februar 1620 überschritten bei Tarnowitz rund 8000 irreguläre polnische Truppen die Grenze und schlugen sich unter Verwüstungen durch Schlesien zum Kaiser durch, und am 8. Februar schrieb der Markgraf aus Ratibor an den Oberlandeshauptmann, daß er nur 50 Pferde bei sich habe und das Landesaufgebot der Fürstentümer Oppeln-Ratibor teils verjagt, teils mit sich selbst beschäftigt sei, weshalb er nicht wisse, wie er sich gegen 12.000 polnische Reiter und das Fußvolk verteidigen solle. Der Einfall wiederholte sich am folgenden Ostertage. Dabei wurden 27 Kosaken gefangen und als Freischärler in Breslau gehängt. Wie in der engeren Zusammenkunft zu Brieg am 10. September 1620 unter dem Punkt „Polen“ zur Sprache kam, wurde in den im polnischen Parlament publizierten Artikeln zur Beratung gestellt, auf welche Weise Schlesien wieder zu Polen zu bringen sei⁵⁴⁾.

Der Markgraf war in dieser Zeit der militärisch und diplomatisch führende schlesische Fürst, nahm mehrfach an schlesischen Gesandt-

⁵⁴⁾ Grünhagen S. 179/80. A. P. 3. S. 68-72, 74, 188. Weltzel S. 168.

schaften teil, wie z. B. an der im Januar 1620 zum ungarischen Reichstag, und korrespondierte lebhaft mit dem mährischen Staatsmann Karl von Zierotin. Als die Landeshauptstadt König Friedrich am 23. Februar als ersten protestantischen Landesherrn feierte, empfing ihn der Markgraf auf der Hinreise in Jägerndorf und geleitete ihn nach Breslau, wo sie mit dem Oberlandeshauptmann u. a. die Galerie der Elisabethkirche bestiegen. Am 27. Februar leistete er auf der Breslauer Burg neben den anderen schlesischen Fürsten die Erbhuldigung. Er führte die schlesische Gesandtschaft auf dem vom 25. März bis 11. Mai abgehaltenen Prager Generallandtag, weilte bei der Taufe des jüngsten Prinzen in der Prager Schloßkirche am 1. April in doppelter Eigenschaft als Gesandter des Herzogs von Württemberg und Leiter der schlesischen Gesandtschaft und überreichte für Württemberg „zwei stattliche Kleinodien“, für Schlesien „eine Verschreibung für 21.000 Gulden, welche . . . der Herr Markgraf mit einer schönen Oration in einem rotsammeten Tanisterlein auf einer silbernen verguldeten Schalen präsentirt“. Die Taufe nahm der aus Grünberg (Schlesien) stammende Hofprediger Abraham Scultetus vor. Nach der Wahl des Prinzen Friedrich Heinrich am 29. April 1620 zum Nachfolger im Besitz der böhmischen Krone wurden die obersten Beamten vom König in Gegenwart des Prinzen, dessen Hofmeisters und des Markgrafen empfangen, der zum engsten Kreise des Königs zählte⁵⁵⁾.

Schon begann aber für die Konföderation die entscheidende Krise. Als die Unterösterreicher die schlesischen Stände ersuchten, zu ihrem am 9. Juni beginnenden Ständetag eine Vertretung zu schicken, lautete das resignierende Gutachten des Jägerndorfer Hofes: Man könne diese Stände zwar nicht in der Not verlassen. Die Hauptfrage des Ständetages werde aber sein, ob man weiter bei der Konföderation bleiben könne oder sich ergeben müsse. Die Zeit sei zu kurz, Gesandte mit Vollmacht zu schicken. Man solle die Schlesier bei ihnen entschuldigen und sie vertrösten, daß die Schlesier die Beschlüsse der anderen Gesandten guthießen würden. Zum Antrag des Bistumsvertreters Jodocus Martin Debitz auf Brockau, die Vollstreckung des Ständedekrets vom 29. Mai 1620, das die Suspendierung des bischöflichen Einkommens bestimmte, aufzuschieben, erklärte sich die Jägerndorfer und Liegnitzer Regierung gegen jede Verschiebung, da dem Bischof deutlich genug geschrieben worden sei⁵⁶⁾. Ein markgräfliches Gutachten vom 16. Juni 1620 offenbart das schwerwiegende Dilemma der Konföderation, daß die Schlesier bei der Aushebung von Kriegsvolk „auf so schlechte Leute, die meist vom Pflug und auf den Dörfern

⁵⁵⁾ Biermann S. 88 Anm. A. P. 3. S. 34 Anm. 140, 144/45. Grünhagen S. 180. Gindely Bd. 3. S. 114/15.

⁵⁶⁾ A. P. 3. S. 97-101, 156-161.

zusammengelesen gewesen, zurückgreifen müssen“, wogegen die kaiserlichen Heere aus kriegserfahrenen Söldnern bestanden⁵⁷⁾.

Vom schlesischen Kriegsvolk befand sich nur ein kleiner Teil beim böhmischen Hauptheer. Was nicht zur Abwehr der Kosaken eingesetzt war, stand unter dem Kommando des Markgrafen, den der König mit der Verteidigung der Ober- und Niederlausitz betraut hatte. Denn am 14. August hatte Friedrich angezeigt, daß der Kurfürst von Sachsen sein geworbenes Kriegsvolk ins Feld führe. Jetzt begann nämlich die kaiserliche Koalition voll wirksam zu werden. Am 8. Oktober hatte sich Maximilian von Bayern verpflichtet, dem Kaiser mit einem Heere der Liga zu Hilfe zu kommen, und hatte im Dezember bei der Liga die Anwerbung einer Armee von 21.000 Mann Fußvolk und 4000 Reitern durchgesetzt. Im Frühjahr 1620 begann auf Befehl Philipps III. von Spanien sein niederländischer Statthalter Erzherzog Albrecht einen Angriff auf die Kurpfalz. Philipp wollte ferner die Kosten für 12.000 Mann Fußvolk, 4000 Reiter und zusätzlich 3000 polnische Kosaken bestreiten. Papst Paul V. erhöhte seine monatlichen Hilfgelder von 10.000 auf 20.000 Gulden und sicherte auch der Liga Geldunterstützung zu. Schließlich gelang Maximilian im März 1620 der Abschluß eines Bündnisses zwischen Kurfürst Johann Georg I. von Sachsen und der Liga, worin der Sachse sich bereitfand, sich an der Exekution in Böhmen und der Lausitz zu beteiligen. Noch am 15. November 1620 zogen 7000 italienische Soldaten in Innsbruck ein. Die Union aber, die sich früher so sehr um die Zusammenarbeit mit den böhmischen Landen bemüht hatte, blieb dem Entscheidungskampfe König Friedrichs, ihres Oberhauptes, fern. Der König war allein auf die Hilfe aus den habsburgischen Erblanden angewiesen⁵⁸⁾.

Dem Markgrafen, der sein Lager bei Görlitz aufgeschlagen hatte, waren vom König 500 Reiter und 1500 Kriegsknechte vom Landvolk zugewiesen, dazu der schlesische Artillerieführer Heinrich von Castel, einige Büchsenmeister und ein Ingenieur. Ferner unterstanden ihm das Kontingent der Lausitz und das Landesaufgebot der nördlichen böhmischen Kreise, welches letztes sich auf 6000 Mann Fußvolk und 750 Reiter unter dem Kommando von Herrn Wchynski belief. Der Markgraf aber hielt dieses Aufgebot, mit dem sein Heer auf 18.000 Mann angewachsen war, nicht für zuverlässig, hätte es am liebsten entlassen und wagte daher keine Schlacht. Am 7. September ließ er das zur Verständigung mit Sachsen bereite Bautzen und andere Orte besetzen, doch mußte die Besatzung nach schwerer Beschießung durch die kurfürstlichen Truppen am 5. Oktober bei freiem Abzug kapitulieren. Die abziehenden Verteidiger meuterten und rückten ohne ihre Offiziere

⁵⁷⁾ a. a. O. S. 160/61.

⁵⁸⁾ A. P. 3. S. 185. Winter S. 177 ff.

eigenmächtig bis vor Breslau, wo sie rückständigen Sold und Abdankung forderten, und konnten nur mit Waffengewalt zur Unterwerfung gebracht werden. Die Lage des Markgrafen verschlechterte sich immer mehr. Die Nachricht von der böhmischen Niederlage am 8. November hatte allgemeine Mutlosigkeit zur Folge, und von den ausgehobenen Mannschaften gingen viele nach Hause. Der Markgraf wagte keinen Angriff und wünschte seine Truppen zurückzuführen. Doch in der schlesischen Regierung wollte man davon nichts wissen, und noch am 20. Januar 1621 stellte ihm der Oberlandeshauptmann Verstärkungen in Aussicht. Eine Unterredung, die der Markgraf dem Kurfürsten durch einen Unterhändler anbot, kam nicht zustande, da der Kurfürst seine Unterwerfung forderte. Doch bereitete sich auch in der Lausitz der Abfall vor, zumal Graf Andreas Schlick, der als Landvogt zusammen mit dem Markgrafen die Verteidigungsmaßnahmen leiten sollte, kein Zutrauen zu seiner Sache mehr hatte und gegen Zugeständnisse, die der kaiserliche Statthalter in Prag Fürst Liechtenstein seiner Frau machte, sich für die Aufgabe des Widerstandes in der Lausitz und in Schlesien einsetzte⁵⁹⁾.

Die Schlacht am Weißen Berge entschied das Schicksal der Konföderation. In Breslau trat gerade der schlesische Fürstentag zusammen, als am 17. November der flüchtige König mit großem Gefolge Halt machte, um Rückhalt zu suchen. Während man aber über seine Anträge vom 3. Dezember beriet, sagte sich Mähren am 18. Dezember von der Konföderation los und erkannte Ferdinand als Landesherrn an. Am 19. Dezember traf der Markgraf in Breslau ein, um sich an den Verhandlungen des Königs um die Fortsetzung des Krieges zu beteiligen. Als aber die Kunde vom Abfall Mährens in Breslau eintraf und auf Böhmen nicht mehr zu rechnen war, verließ Friedrich am 23. Dezember für immer Schlesien, um sich zum Kurfürsten von Brandenburg, seinem Schwager zu begeben, wobei er sich seine Rechte gegenüber Schlesien vorbehielt⁶⁰⁾.

Den Markgrafen traf am 22. Januar 1621 mit König Friedrich, Christian von Anhalt und Georg Friedrich von Hohenlohe des Kaisers und des Reiches Acht und Aberacht mit der Begründung, daß er die Schlesier teils in ihrer Rebellion gestärkt, teils sie gewaltsam und listigerweise vom Gehorsam gegen den Landesherrn abgehalten, „neben seinem Anhang, mit allerhand practicken von ihnen Geld und Contribution herauß-gepreßt, uns damit bekriegt, Unserm Commissario, des Churfürsten zu Sachsen Lb. mit gewapfneten Handt sich widersetzet, demselben vielfältigen despect bewiesen, seinen Subdelegierten gefänglich einziehen lassen, Unsere Unterthanen . . . verhetzet, Unser Landt und

⁵⁹⁾ A. P. 3. S. 187/88, 217. Grünhagen S. 182/83. Gindely Bd. 3. S. 405/06.

⁶⁰⁾ Ritter, Dt. Gesch. Bd. 3, S. 119/20. Gindely Bd. 3. S. 414. A. P. 3. S. 265-267.

Leute in ungelegenheit, verderb und ruin geführt, und als einer unter den fürnembsten Rädelsführer der Rebellion Ursach an alle dem Blutvergießen, landverderblichen Schaden, und was sonst darauff erfolgt, gewesen ist, auch endlich nichts unterlassen hat, was Er mit Rath und Tath zu Unserer Verkleinerung, gefahr, schaden und unheil zu werck richten können“. Die Maßnahme geschah nicht ohne schwere rechtliche Beanstandungen, weil das dazugehörige Rechtsverfahren fehlte und Ferdinands mit Erbfolge begründetes Anrecht auf die böhmische Krone bestritten wurde ⁶¹⁾.

Durch die Ächtung des Markgrafen brachte der Kaiser das Herzogtum Jägerndorf in seine Gewalt. Er ließ es durch Hannibal von Dohna besetzen, schenkte es am 15. März 1621 seinem böhmischen Statthalter Karl von Liechtenstein, der 1614 schon das Fürstentum Troppau erhalten hatte, und übergab es ihm am 13. Mai 1623 als Mannslehen. Indem Ferdinand über die Ansprüche der brandenburgischen Agnaten hinwegging, legte er einen Grund zu den Gebietsstreitigkeiten, mit denen Preußen seinen Einmarsch in Schlesien begründete. Wohl bemühte sich das protestantische Land um den Verbleib bei dem Hause Brandenburg, und auch Kurfürst Georg Wilhelm ließ auf dem Fürstentag zu Liegnitz die Stände durch seine Gesandten bewegen, beim Kaiser um Aufschub der Huldigung an Liechtenstein nachzusuchen, doch alle Bemühungen blieben unbeachtet. Am 27. Mai versprach Liechtenstein den Jägerndorfer Ständen, ihnen nach erfolgter Huldigung alle Freiheiten und Privilegien zu bestätigen und so zu verfahren, „daß Ihr unter uns nit deterioris conditionis, als unter denen vorigen Marggraven zu Brandenburg gehalten würdet“, und am 13. Juni erschienen die kaiserlichen und liechtensteinschen Bevollmächtigten in Jägerndorf und forderten die Stände auf, sich dem kaiserlichen Willen zu beugen, da sie sich sonst, „wie I. K. M. ausdrücklich erklärt, der Execution mit Ihrer und der Ihrigen gänzlichen ruin zu versehen“ hätten. Die Landstände, die einen Tag Bedenkzeit erhielten, baten die Kommission, sie mit der Erbhuldigung zu verschonen und ihnen Aufschub zu gewähren mit der Begründung, daß, wenn Johann Georg sich des Herzogtums verlustig gemacht habe, sie doch nicht verstehen könnten, daß dies dem ganzen Hause Brandenburg und der unschuldigen Gemahlin nachteilig sein könne. Die Kommissare gingen nicht darauf ein, und Ferdinand vermerkte das Verhalten der Stände sehr übel. Er schrieb ihnen am 15. Juli, daß nach Georg Friedrichs Tode das Fürstentum rechtlich an den Kaiser gefallen sei, und befahl ihnen, dem Fürsten von Liechtenstein oder seinem Bevollmächtigten ohne Ausrede, ohne weitere Befehle und schärfere Anordnungen zu huldigen. Der neue Landesherr bestätigte dem Land am 16. November 1623 die Freiheitsbriefe der Städte Jägerndorf und Leob-

⁶¹⁾ Biermann S. 93-96. Ritter, Dt. Gesch. Bd. 3. S. 129/30, 199. v. Wiese S. 129.

schütz einschließlich dessen von 1599, der die freie augsburgische Religionsübung gewährte. Aber ebensowenig wie Ferdinand sein dem sächsischen Kurfürsten gegebenes Versprechen hielt, die lutherischen Gemeinden nicht anzutasten, so das Haus Liechtenstein bezüglich der Lande Troppau und Jägerndorf. Am 1. bzw. 18. Mai 1630 erzwangen die Liechtensteiner Dragoner Religionsstatuten, die alle Nichtkatholiken aus ihrem Gebiet ausschlossen⁶²⁾.

Seit dem 26. Januar verhandelte eine schlesische Gesandtschaft in Dresden, und der Rat der markgräflichen Vertreter, die Verhandlungen nur im Einverständnis mit dem König und Bethlen weiterzuführen, um nicht ihre Rache heraufzubeschwören, stieß beim Fürstentag auf Ablehnung. Vielmehr ersuchten die Stände den König um Entlassung aus ihren Pflichten, welcher Bitte Friedrich aber nicht nachkam. Auch die entschiedene Mißbilligung durch den Markgrafen konnte den Fürstentag nicht umstimmen, zumal er in Schlesien an Einfluß verloren hatte. Im Dresdener Akkord vom 28. Februar 1621 war er vom allgemeinen Pardon ausdrücklich ausgeschlossen. Dagegen hatte es der Kaiser gegen den Rat Hannibals von Dohna abgelehnt, auch die Herzöge Johann Christian von Brieg und Heinrich Wenzel von Münsterberg-Oels, die Freiherren Joachim von Maltzahn und Hans Ulrich von Schaffgotsch sowie den Glogauer Deputierten Dr. Wilpert zu ächten⁶³⁾. Bei den Dresdener Verhandlungen spielte auch die Frage eine Rolle, ob der Markgraf das schlesische Generalat noch weiter bekleiden könne. Die schlesischen Delegierten verneinten es, machten allerdings geltend, der Markgraf werde argumentieren, er habe die kaiserliche Ungnade durch nichts anderes auf sich geladen, als wozu er von den schlesischen Ständen als Generalfeldoberst bestellt wurde und worin ihn das Land zu vertreten und schadlos zu halten schuldig sei. Dies erwies sich wohl als richtig, berücksichtigte dabei aber nicht das hohe politische Gewicht, das ihm der Wiener Hof zumaß. Ferdinand drückte es so aus, daß er sich „seit seiner Ankunft in Schlesien stets als Unruhestifter erwiesen, Zerrüttung angesponnen und sich schon gegen Rudolf und Matthias bei jeder Gelegenheit aufgelehnt“ habe. Nach Abschluß des Vertrages wurden von den schlesischen Kanzeln kaiserliche Edikte gegen den Markgrafen verlesen, und die Stände ließen die Namen der unter ihm dienenden Soldaten an den Galgen schlagen. Wie der Bischof von Aversa damals bemerkte, hoffte Ferdinand, daß Gott bald eine andere Gelegenheit verschaffen würde, um die Schlesier zu bestrafen und in ihrem Lande den katholischen Glauben „durch Schrecken“ einzuführen⁶⁴⁾. Am 25. Oktober erschien der sächsische Kurfürst mit einem Gefolge von „855 Personen, 470 Reisi-

⁶²⁾ Biermann S. 93-96. Loesche S. 162, 182.

⁶³⁾ Text des Akkords: A. P. 4. S. 116-119, 155 Anm.

⁶⁴⁾ Krebs S. 356.

gen und 408 Wagenpferden" in Breslau, und am 3. November nahm er als Stellvertreter des Kaisers auf der Burg die Huldigung der Stände entgegen⁶⁵⁾.

Die Jägerndorfer hielten auch in der Not zum geächteten Herzog und richteten am 19. 3. 1621 an ihn die Frage, wie sie sich weiter zu verhalten hätten. Er antwortete am 30. März aus seinem Schweidnitzer Hauptquartier, daß auch er nichts Lieberes wünschen würde, als daß die Sache anders stünde. „Wir für unser Theil haben uns die beständige Resolution genohmen, bey unserm Herrn und Könige Friderico, es komme zum Leben oder zum Tod, beständig zue bleiben. Waß Ihr nun thuen wollet oder könnet, das stellen wir Euch anheim“. Die Stände und Städte beschlossen, ihm die Treue zu halten, und bewilligten zur Erhaltung der Jägerndorfer Garnison eine Geldhilfe. Doch bald besetzte Dohna das Herzogtum, und es brach eine schlimme Zeit an. Die Städte mußten Geschütze, Handwaffen und Munition ausliefern und die Soldaten entlassen. Die vornehmsten Anhänger des Markgrafen flohen entweder, wie Hartwig von Stitten, der in den Generalstaaten Zuflucht fand, oder sie wurden, wie 4 Prediger von Jägerndorf und Leobschütz, verhaftet. Das Land litt schwer unter dem Druck der Besatzung und ihren Requisitionen, so daß es um die Hilfe der schlesischen Stände nachsuchte. Wohl hatte der Fürstentag für die Klagen Verständnis, war aber zu machtlos, um Abhilfe zu schaffen, und am 9. März 1622 vertröstete der Oberlandeshauptmann die Jägerndorfer unter Hinweis auf die Auflösung des markgräflichen Heeres und den Friedensschluß mit Ungarn. Die Brandenburger taten weiterhin alles, um das Herzogtum zu behalten. Des Markgrafen Bruder Christian Wilhelm erinnerte die Jägerndorfer an die Erbhuldigung. Er erklärte, daß sein Haus die Handlungen seines Bruders nicht zu verantworten habe, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Kaiser den unmündigen Sohn Ernst nicht entgelten lassen werde, daß der Vater ihn beleidigt habe. Am wenigsten könne aber dessen Schuld seinen Agnaten zur Last gelegt werden. Auch der Kurfürst ermahnte die Jägerndorfer am 21. September 1621, dem Hause Brandenburg treu zu bleiben. Die Stände antworteten, daß sie sich ihres Eides gegen das ganze Haus Brandenburg voll bewußt seien, und versicherten ihn ihrer Treue, „es were denn, daß Gott der Herr umb unserer verübten Sünden willen die straff weiters uber uns und die unsrigen verhängen, und gewalttätige hand schiecken wollte, uff welchen fall wier uns auß noth und nach gelegenheit der Zeit accommodiren muß-en, und dahero bey aller Welt recht entschuldiget sein werden“^{65a)}.

⁶⁵⁾ Gindely Bd. 3. S. 430/31, 435. Biermann S. 89. A. P. 4. S. 106, 108, 114, 205. A. P. 5. S. 11.

^{65a)} A. P. 4. S. 125, 127, 134. Biermann S. 90-92.

Die schlesischen Stände wollten ihre Truppen bis auf einige Kompanien unter dem Kreisobersten Herzog Heinrich Wenzel von Münsterberg baldmöglichst auszahlen und abdanken, zumal dann auch der Markgraf kein Kommando mehr haben würde. Doch ungeachtet der Unterwerfung der Lausitzer und Schlesier hatte er einen Teil des ihm unterstellten Kriegsvolkes zusammengehalten und setzte den Kampf fort. Einer Meldung zufolge war er am 27. Februar 1621 mit seinem meuternden Heere, zu dem auch Artillerie gehörte, aus der Lausitz aufgebrochen und hatte um Löwenberg Quartier bezogen. Nach einer anderen Meldung nahm er am 17. März mit seinen Offizieren in Schweidnitz Quartier. Der bischöfliche Kapellan Christoph von Strachwitz sandte Bischof Erzherzog Karl nach Dresden eine markgräfliche Erklärung an seine Truppen, worin es heißt: Sie hätten ihn gezwungen, aus der Lausitz bei schlechtestem Wetter nach Schlesien zu marschieren, wo sie in schlechten Quartieren steckengeblieben seien. Er lege ihnen 3 Artikel vor, auf die sie sich erklären möchten, wenn sie wollten, daß er die wohlverdiente Bezahlung in rechtschaffener Manier suchen solle: 1. Ob sie ihm folgen und in guter Ordnung leben wollten, um die Abdankung zu erwarten; 2. ob sie sich alle mit ihm verbinden wollten, bis sie völlige Zahlung oder billigen Akkord erlangt; 3. ob sie nach Erreichung dessen ihn nach der Mark Brandenburg begleiten wollten. Ein „Sendschreiben des Generals, der hohen und niederen Befehlshaber und des Ausschusses der schlesischen Armee an die Fürsten und Stände Schlesiens“ vom 31. März 1621 warf den Ständen vor, sie hätten „die dringende Notwendigkeit der schlesischen Armee stets auf die lange Bank geschoben“ und „die obliegende Schuldigkeit nicht in Acht genommen“. Der Markgraf erinnerte sie daran, daß er sich nach ihren Befehlen und Landesbeschlüssen habe richten müssen, daß er in seinem Generalat so eingeengt war, daß er ohne ihr Belieben nichts habe unternehmen, oft die Quartiere nicht ändern und den Feind, wo man seiner habhaft werden konnte, nicht habe suchen dürfen; wobei auch er gern gehofft, er würde umso weniger Verantwortung auf sich ziehen und seine Vorgesetzten würden ihre Beschlüsse selbst zu verteidigen und rechtfertigen wissen. Die Soldaten erklärten, mit dem Markgrafen für einen Mann zu stehen, bis sie richtig abgefunden seien, und baten die Stände, baldmöglichst ihre Auszahlung und Abdankung zu veranlassen.

Am 5. April brach er von Schweidnitz auf, sandte Ehrenfried von Berbisdorf nach Ungarn zu Bethlen Gabor, um Hilfe zu erbitten, und marschierte über Frankenstein nach Neiße, wo er sich in Stadt und Umgebung einquartierte. Trotz ihres Versprechens, Ordnung zu halten wirtschafteten die Soldaten fürchterlich. Wie der Administrator Christoph von Gellhorn unter dem 20. und 21. April meldete, wolle der Markgraf Ordnung halten, die Soldaten frügen aber nicht viel nach

ihm. Er für seine Person wolle gern hinweg, doch werde er bei Tag und Nacht von 2 Fähnlein scharf bewacht. Die Truppen verlangten Auszahlung in Neiße, wobei sie ein Drittel fahren lassen wollten. Als 7 Fähnlein meuterten, Soldaten in die Stadt einfielen und sich an den Zahlungskommissaren vergreifen wollten, ließ er 4 Mann hängen. Entlassene Soldaten liefen ihm ständig zu, so daß er im Mai 9500 Mann stark war. Auch der junge Graf Bernhard von Thurn, dem Wien den Pardon verweigert hatte, fand sich bei ihm ein, bemächtigte sich mit Erlaubnis des Markgrafen des Bischofshofes und entwaffnete die darin befindlichen Soldaten. Große Schwierigkeit bereitete bei der Auszahlung der Soldaten die damals unter dem Druck der Kriegsnot eingerissene Münzverschlechterung, doch wies der Markgraf minderwertige Münzsorten zurück. Nachdem Johann Christian von Brieg im April 1621, da er sich politisch zu sehr kompromittiert glaubte, sein Amt als Oberlandeshauptmann niedergelegt hatte, folgte ihm, wenn auch nur mit äußerstem Widerstreben, sein politisch unbelasteter Bruder Georg Rudolf von Liegnitz. Dieser regte beim sächsischen Kurfürsten an, daß die Stände für ihre neuen Werbungen vor allem die im markgräflichen Dienst stehenden Schlesier gewinnen sollten, um sie vom Markgrafen zu trennen. Doch die Entwicklung lief nicht im Sinne der Stände. Am 4. Juni warb nämlich der Markgraf zu Neiße 16 Fähnlein zu Fuß und 9 zu Roß von den abgedankten Truppen aufs neue für König Friedrich, ebenso ließ Bethlen Gabor werben, und dasselbe geschah in Glatz. Der Grund hierfür war, daß er durch Bestallungsurkunde vom 23. Mai 1621 zum General und Bevollmächtigten Kommissar König Friedrichs ernannt worden war. Er hatte es nur verstanden, dies bis zum Zeitpunkt seiner und seiner Truppen vollständigen Abzahlung geheimzuhalten. Schon am 17. März hatte der König den Ständen von Hamburg aus geschrieben, daß er ihre Unterwerfung unter den Kaiser nicht erwartet und sich seines Anspruches nicht begeben habe⁶⁶⁾.

Der Markgraf begann seine neue Tätigkeit Mitte Juni mit der Ausweisung des ständischen Musterkommissars v. Karnitzky, dem er eröffnete, daß er friederichisch lebe und sterbe. Nachdem er früher seine Artillerie den Ständen zum Kauf angeboten hatte, erklärte er nach Empfang des Geldes, „er wolle den Bettel behalten“. Glatz mit seinem Bergschloß, wo der Kommandant Oberstleutnant Seger Spee den ständischen Kommissar Hans von Debitz, der die Stadt übernehmen wollte, ebenfalls abwies und Truppen warb, hatte er sich als Hauptstützpunkt gewählt und versorgte ihn aus Neiße mit Geschütz, Munition und Proviant. Ein niederländischer Ingenieur aus dem Gefolge Friedrichs machte die Stadt verteidigungsfähig. Auch Grottkau, Ottmachau und Johannisberg wurden besetzt. Bernhard Thurn brachte

⁶⁶⁾ A. P. 4. S. 150-160, 170/71. Grünhagen S. 191/92.

ein neues Fähnlein zusammen, und der im Gefolge Bethlens befindliche alte Graf vertröstete den Markgrafen mit einer Unterstützung durch 30.000 Türken. Von seinem Hauptquartier in Neiße gingen Flugschriften heraus, die auf die Endziele der kaiserlichen Politik und die nahe ungarische Hilfe hinwiesen. Seine 3 Patente vom 3. und 10. Juli 1621 erinnerten die schlesischen Stände an den König Friedrich geleisteten Eid, warnten davor, den kaiserlichen Praktiken zu trauen, und riet ihnen, „sich an dem unchristlichen und überbarbarischen Exekutions-Prozeß in Prag zu spiegeln“. Er forderte alle Stände, vor allem die Städte Breslau und Schweidnitz und ihre evangelische Bürgerschaft auf, treu zur Konföderation zu stehen, und teilte mit, daß er auf Befehl von König Friedrich mit seiner Armee Bethlen Gabor, König von Ungarn, gemäß den Verpflichtungen der Konföderation zu Hilfe ziehe. Durch Dekret vom 10. Juli gab er bekannt, daß er die beiden Administratoren des Bistumslandes Neiße, Christoph von Gellhorn und Christoph von Strachwitz, den Stallmeister Franz Radthaupt, Kammerpräsident Tauber von Taubenfurth, Landeshauptmann Nikolaus von Kochtitzky und Dr. Andreas Jerin als Geiseln mitnehme, wodurch aber ihr Leben nicht gefährdet sei. Gegen Ende Oktober wurden sie aber wieder freigelassen ⁶⁷⁾.

Ferdinand erneuerte im Juni 1621 sein Gelübde vor dem Gnadenbild in Maria-Zell. Eine große Hilfe war für ihn der päpstliche Nuntius Caraffa, der als seine Hauptaufgabe die gründliche Ausrottung des Protestantismus in den kaiserlichen Landen betrachtete und dafür sorgte, daß auch die Lutheraner von der Unterdrückung betroffen wurden. Der Kampf gegen die Abweichungen von der allein berechtigten Kirche war so unerbittlich, daß selbst katholisch-utraquistische Geistliche, die auf Grund der Prager Kompaktaten und einer Erlaubnis Pius IV. das Abendmahl unter beiderlei Gestalt austeilten, so bestraft wurden wie Protestanten. Neben Caraffa war es der den Kaiser völlig beherrschende Beichtvater Lamormain, der mit überlegener Autorität die Zerstörung des protestantischen Kirchenwesens und Wiedererrichtung der auch in Böhmen fast völlig verschwundenen katholischen Hierarchie leitete, wobei man die Schrecken äußerer Gewalt mit den Lockungen äußerer Vorteile verband ⁶⁸⁾. Der Kaiser versicherte am 17. Juli den schlesischen Ständen, daß er den Akkord „unbrüchig“ halten werde, warnte aber vor Zuwiderhandlungen und ersuchte sie, den Markgrafen als einen Feind des Vaterlandes zu bekämpfen. Am 25. Juli rückten die sächsischen Regimenter an mit dem Befehl, die Herzogtümer Schweidnitz—Jauer zu besetzen, um den Widerstand der Markgräflichen zu brechen, während der damalige Oberst Waldstein, der spätere Generalissimus Wallenstein, dem Markgrafen mit seinem

⁶⁷⁾ A. P. 4. S. 172-178. Grünhagen S. 191/92. Biermann S. 89.

⁶⁸⁾ Ritter, Dt. Gesch. Bd. 3. S. 181/82, 212-214.

Regiment nach Mähren nachsetzen sollte. 11 schlesische Fähnlein zu 300 Mann wurden an die mährische Grenze geschickt. Der sächsische Kurfürst aber empfahl dem Kaiser, mit Ungarn einen leidlichen Akkord zu schließen, da ein unbilliger Friede immer noch besser sei als ein billiger, aber gefährlicher und schädlicher Krieg.

Der Markgraf hatte mit Bethlen Verhandlungen angeknüpft, der ihm Geld zum Anwerben von Truppen schickte mit der Bedingung, sie nach Ungarn zu führen, und am 13. Juli verließ er Neiße mit seinem Heere, dem jungen Grafen Thurn und den Geiseln, um sich mit Bethlens Armee zu vereinigen, die sich an der mährischen Grenze nördlich der Donau befand. Bei seinem Aufbruch besaß er 8000 Mann und 6 große Geschütze, wuchs aber durch Zuzug aus Mähren auf 12.000 Mann an. Bethlen, der am 17. April 1621 wieder zu den Waffen gegriffen hatte, brachte zu Mysternitz bei Kaschau den Kaiserlichen eine empfindliche Niederlage bei. In seinem Lager fand sich alles ein, was sich bei dem allgemeinen protestantischen Zusammenbruch hatte retten können, wie die geflüchteten Adligen aus allen Teilen der habsburgischen Lande und die vertriebenen Prediger. Ende Juli 1621 marschierte der Markgraf durch Mähren nach Tyrnau, wo ihn Bethlen mit seinen Truppen erwartete⁶⁹⁾, und unter dem 5. August meldete Herzog Georg Rudolf dem Kurfürsten, daß der Markgraf, der bei Neutitschein die Kaiserlichen geschlagen hatte, jetzt 19.000 Mann stark sei und sich zurück nach Schlesien gewendet habe. Am 31. Juli lag er zwischen Ungarisch-Brod und Skalitz⁷⁰⁾.

Am 12. September brach Hannibal von Dohna von Breslau mit 7000 Mann auf, um Jägerndorf, Leobschütz und Troppau zu besetzen, wo alles gut markgräfllich war. Im Lager des Markgrafen stand es aber jetzt nicht zum Besten. Viele Soldaten starben an Infektionskrankheiten, und viele liefen davon, weil der Sold ausblieb. Doch auch die kaiserliche Seite hatte ihre Schwierigkeiten. Dohna, der bis Altititschein vorgedrungen war, mußte umkehren, weil seine schlesische Reiterei ihm erklärte, sie sei stets entschlossen gewesen, Schlesien nicht zu verlassen, es sei denn, sie hätten einen Soldvorschuß. Die protestantische Bürgerschaft von Schweidnitz verweigerte dem sächsischen Regimentskommandeur Oberst von Schlieben Privatquartier und ließ ihn im Gasthaus logieren. Nachdem Dohna für Vorschuß gesorgt hatte, wurden seine Truppen im November den Kaiserlichen angegliedert. Diese schlugen den Markgrafen, als er sich mit Bethlen vereinigen wollte, am 20. September und 18. Oktober bei Kremsier. Anfang November lagerte das kaiserliche Heer um Kremsier, 16.000 Ungarn, meist Reiter, und 3000 Jägerndorfsche bei Ungarisch-Brod, von wo

⁶⁹⁾ A. P. 4. S. IX, X, 173, 176/77, 181/82. Biermann S. 89. Depner S. 80/81.

⁷⁰⁾ A. P. 4. S. 183-186.

aus Bethlen und Jägerndorf durch einen markgräflichen Trompeter den Ständen zu Breslau eine Botschaft vom 5. November übermittelten. Darin führte ihnen der Markgraf vor Augen, daß der Anfang Oktober zwischen Polen und der Türkei geschlossene Friedensvertrag türkische Kräfte zu einem Vorstoß gegen die Kaiserlichen freimache, und verlangte eine kategorische Erklärung, wessen er sich von ihnen zu versehen habe. Der polnisch-türkische Vertrag scheint aber die gegenteilige Folge gehabt zu haben, weil bald darauf der ältere Prinz von Polen mit 30.000 Kosaken in Siebenbürgen einfiel, und 8000 Kosaken stießen zum kaiserlichen Heer. Dies veranlaßte Bethlen zum Abzug nach Siebenbürgen. Der Markgraf selbst folgte ihm, doch seine deutschen Soldaten, die große Not litten, marschierten in die Gebiete von Troppau und Glatz. Viele von ihnen gingen zu den schlesischen Truppen bei den Kaiserlichen über, und diejenigen, welche früher im Dienste der schlesischen Stände standen, forderten von ihnen den rückständigen Sold und baten um sicheren Paß. In der ersten Dezemberhälfte drang eine aus 2000 Deutschen, 3000 Ungarn und 1000 Türken bestehende Reiterabteilung bis nach Leobschütz vor und machte bei Jägerndorf 3 Kompanien Dohnas nieder, und bei Frankenstein brachten 600 Markgräflinge den dort stationierten Sachsen Verluste bei⁷¹⁾.

In Ungarn waren die Stände und sogar Bethlens Hauptleute kriegsmüde, und ihr Abfall nahm bedrohlichen Umfang an. Aber auch der Kaiser befand sich in Schwierigkeiten, weil unter der mährischen Landbevölkerung ein Aufstand ausgebrochen war und er seine Streitkräfte dringend in der Pfalz benötigte. So kam es am 6. Januar 1622 zum Kompromißfrieden von Nikolsburg. Seine Hauptergebnisse waren seitens Bethlens der Verzicht auf den Besitz von Ungarn und die ungarische Königskrone. Auch sollte er dem Hause Habsburg weder Feindseligkeit erweisen noch den kaiserlichen Feinden behilflich sein und mit ihnen Verbindung haben. Der Kaiser verzichtete auf die Unterdrückung des ungarischen Protestantismus und der anderen ungarischen Freiheiten. Bethlen wurden 7 ungarische Gespanschaften und die Stadt Kaschau, die Herzogtümer Oppeln-Ratibor und eine jährliche Geldrente von 50.000 Gulden zugesagt. Das Abkommen befriedigte jedoch keine der beiden Parteien und wurde von ihnen nur als Waffenstillstand betrachtet. Der Besitz der Herzogtümer wurde Bethlen nicht eingeräumt, womit schon eine Ursache zum neuen Krieg gegeben war. Der Markgraf und andere führende Protestanten waren im Vertrag nicht genannt. Bethlen zahlte dessen Truppen auch nicht den versprochenen Sold, weil Friede geschlossen worden sei. Der Markgraf geriet sogar in Verdacht, sich des Fürsten bemächtigen und ihn dem Kaiser ausliefern zu wollen. Diese Behauptung ist bei der Einstellung des

⁷¹⁾ a. a. O. S. XII, 186-194.

Markgrafen unglaublich. Vielmehr kann angenommen werden, daß sie von gegnerischer Seite in Umlauf gesetzt wurde, um das protestantische Lager zu spalten.

Am 1. Januar 1622 verstarb der ehemalige Jägerndorfer Landeshauptmann, bewährte Ratgeber und Gesandte des Markgrafen, Hartwig von Stitten, der in Frankfurt todkrank gelegen hatte. Von Dohna als „einer der schlimmsten Rebellen“ bezeichnet, hatten sich die Stände noch am 21. November für ihn verwendet mit der Begründung, er habe an des Markgrafen Vorhaben keinen Gefallen gefunden, ihn davon abgemahnt und schließlich darum verlassen ⁷²⁾.

Noch aber gingen in Schlesien die Kämpfe weiter. Am 1. Februar 1622 gelang es Bernhard Thurn, sich mit 200 Dragonern nach Glatz durchzuschlagen. Die protestantische Stadt stand unter dem Kommando von Hauptmann von Lohe, dem neben 2 Kompanien Soldaten noch 500 bewaffnete Bürger unterstanden. Auf dem Bergschloß befanden sich 23 Geschütze und 2 „Orgeln“, eine Art Mitrailleur. Auch in Wünschelburg hielten sich markgräfliche Truppen. Unterstützt wurden die Markgräflichen von einem in der Umgebung operierenden Bauernbund, dessen Hauptort Heinzendorf war. Hingegen waren die Bemühungen von Dohna und dem sächsischen Oberst von Bodenhausen, die sich in der Gegend von Wagstadt aufhaltenden markgräflichen Truppen Mitte Januar auf friedliche Weise auszuschalten, erfolgreich, indem binnen fünf Tagen 40 Kompanien mit ihren Kommandeuren abgedankt wurden, und Ende Januar ergab sich die markgräfliche Garnison von Wagstadt gegen freien Abzug und 2 Tage Quartier, nachdem sie gelobt hatte, 6 Monate lang nicht gegen die kaiserliche Seite zu dienen, sowie bei Neutitschein Graf Philipp von Ortenburg, Konrad von Plato und andere Offiziere ⁷³⁾.

Der Markgraf hatte sich mit wenigen Begleitern nach Kaschau begeben, und es hieß, daß er sich vielleicht durch Polen und schwedisches Gebiet nach der Mark begeben wolle. Kaschau war damals die bedeutendste Stadt Oberungarns. Den Grundstein zur Kathedrale legte König Stephan V. im Einverständnis mit den thüringischen Ansiedlern. Sie wurde der hl. Elisabeth, seiner Tante, geweiht. Als sich Fürst Bocskay von Siebenbürgen 1604 gegen die Unterdrückung der politischen und religiösen Freiheiten des Landes durch die Habsburger erhob, wurde die Stadt zum Mittelpunkt der kriegerischen Operationen gegen die Kaiserlichen. Am 14. Januar drückte der Markgraf seinen Offizieren sein Bedauern aus, daß er seiner Armee und seinen Offi-

⁷²⁾ Winter S. 204. Krüner S. 27. Depner S. 92/93. Theatrum Europaeum S. 891/92; A. P. 4. S. 195, 219/20. Plath S. 125-127. Brockhaus S. 432.

⁷³⁾ A. P. 4. S. 183-186, 196-199. A. P. 5. S. 41.

zieren nicht helfen könne, da Bethlen so schnell mit dem Kaiser Frieden geschlossen, den zugesagten Monatssold verweigert und sich den Bitten seiner nach Ungarisch-Brod gesandten Deputation verschlossen habe. Er müsse die Sache Gott anheimstellen. Er dankte für die dem König geleisteten Dienste und verpflichtete sich, wenn dieser zur Zahlung in der Lage sei, diese zu betreiben⁷⁴). Um diese Zeit bemühte sich Hans von Cöln, 1620 Prinzipalgesandter der Konföderation und des Königs an die Pforte, bei Bischof Erzherzog Karl um die Aussöhnung und Unterwerfung des Markgrafen. Der Bischof erklärte, daß dies ein schweres Werk sei, und regte an, daß er sich mit seinen Soldaten dem Kaiser unterwerfen, seine Irrtümer bekennen und sich nicht viel rechtfertigen, sondern sich Christian von Anhalt zum Beispiel nehmen solle, der durch seine Demut so viel erreicht habe, daß er jetzt ständig dem Kaiser aufwarte und sogar 600 Fl. monatlich zum Unterhalt empfangen. Wollte er dies tun und sich dem Kaiser zu Füßen werfen, auf seine Mitgliedschaft des Fürstentages verzichten und nur die Nutznießung seiner Güter haben, zweifle er nicht, daß er die kaiserliche Gnade werde erlangen können. Schon spätestens Juni gingen aber dem Landeshauptmann der Grafschaft Glatz, v. Tschirnhausen, Nachrichten zu, wonach der Markgraf und von König Friedrich bestätigte Unterbefehlshaber in der Grafschaft neuerlich Truppen warben. Um dem zu begegnen, ordnete er Oberst Wallenstein mit Truppen in die Grafschaft ab, und ihre Land- und Ritterschaft warb ebenfalls Truppen⁷⁵).

Die schlesische Bevölkerung sah die Sachsen keineswegs gern, und die Stände der Fürstentümer Schweidnitz—Jauer protestierten am 17. Februar bei Herzog Georg Rudolf gegen die sächsische Einquartierung. Umgekehrt beschwerte sich der sächsische Oberst Goldstein, daß die Reichenbacher ihm kein Quartier gewährten, so daß er es in Zobten nehmen mußte, und der sächsische General Wolf von Mansfeld, der an Stelle von Dohna den Befehl über die schlesischen Truppen übernommen hatte, war über die Schwerfälligkeit des schlesischen Instanzenweges in militärischen Dingen so enttäuscht, daß er dem Kurfürsten erklärte, er wäre am liebsten „gleich jetza aufgesessen und wieder naus gezogen“. Nach schlesischem Verfassungsrecht und uraltem Herkommen waren nämlich, wie der Oberlandeshauptmann geltend machte, für allgemeine Landessachen die gesamten Fürsten und Stände zuständig. Die Sachsen klagten auch ständig darüber, daß die Schlesier mit der Lieferung von Proviant für die Belagerungstruppen von Glatz säumten und ihre Truppen nicht „parierten“, keine rechte Lust zum Angriff hätten und viele abgedankt sein wollten, so daß der jetzt in Neiße residierende Bischof unter dem 12. März

⁷⁴) Krüner S. 127-129. A. P. 4. S. 197. A. P. 5. S. 40, 45.

⁷⁵) A. P. 4. S. 197-200.

den kaiserlichen Wunsch übermittelte, mit der Belagerung Ernst zu machen. Die Belagerungsfrage wurde noch schwieriger, als der Kurfürst den Abzug seiner Truppen verfügte, weil sie im Westen benötigt wurden, und nach mehrfachem Aufschub auf Karls und Georg Rudolfs Bitten erfolgte er schließlich um den 15. Mai⁷⁶⁾. Da die in der Grafschaft operierenden 2000 evangelischen Bauern das Land unsicher machten, rief der Bischof durchziehende Kosaken zu Hilfe, die aber nun das Land schwer heimsuchten, so daß der vom 4. bis 11. Nov. abgehaltene Fürstentag sich diesem Thema ausführlich widmete. Am 9. Mai befahl der Kaiser, die Festung Glatz endlich zu nehmen, und wies die Stände zur Lieferung des gesamten Belagerungsmaterials wie Munition, Pulver, Luntten, Geschütze, Schanzzeug, Wagen und Wagenpferde an⁷⁷⁾.

Die Glatzer waren über die Wahl eines evangelischen Fürsten hocherfreut gewesen. Sie blieben auch nach der Unterwerfung Böhmens pfälzisch gesinnt, und die Bürgerschaft der Stadt war zur Verteidigung der evangelischen Sache fest entschlossen, wozu der Aufenthalt des Königs vom 14.–16. November während seiner Flucht beigetragen haben dürfte. Als nach der Unterwerfung der Schlesier die Besatzung abgedankt wurde, nahm sie der Markgraf in seine Dienste, und ihr Kommandant Oberst Seger Spee lehnte die Übergabe von Stadt und Schloß an die Stände ab. Nachdem der Markgraf den neuen Kommandanten Hauptmann von Lohe zur Waffenniederlegung aufgefordert hatte, erhielt mit dem Erscheinen Bernhard Thurns die Verteidigung der Stadt einen neuen Auftrieb, weil es der kriegserfahrene und tollkühne Offizier verstand, in Soldaten und Bürgerschaft ein Höchstmaß an Verteidigungsbereitschaft zu erzeugen und aus seinen Soldaten eine disziplinierte, mit Kampfgeist erfüllte Truppe zu machen, die mit verwegenen Ausfällen und Streifzügen dem weit überlegenen Gegner das Leben schwer machte. Den 1300 markgräflichen Soldaten und 500 Bürgern standen schließlich 1 schlesisches Regiment unter Dohna, 3 böhmische und 6 mährische Regimenter mit zusammen 20.000 Mann gegenüber, die am 3. Oktober Glatz einschlossen, und das Erscheinen des Bischofs am 8. Oktober trieb zur Beschleunigung der Angriffstätigkeit an. Das zerstörende Artilleriefeuer, der durch Ablassen des Mühlgrabens entstandene Wassermangel, Munitionsmangel und ansteckende Krankheiten machten den baldigen Fall der Stadt zur Gewißheit, und um dem mit all seinen schwerwiegenden Folgen zuvorzukommen, entschloß sich Thurn, Verhandlungen einzuleiten, worauf am 25. Oktober 1622 die Stadt ehrenvoll kapitulierte. Die Bürgerschaft sollte bis zu weiterem kaiserlichen Bescheid bei ihrer Religion belassen werden, den Soldaten wurde freier Abzug mit Handwaffen, fliegenden Fahnen,

⁷⁶⁾ A. P. 5. S. 47-51, 54-58, 116-126.

⁷⁷⁾ A. P. 5. S. 63-65, 91/92, 106-108. Grünhagen. S. 192.

brennenden Luntten und „Sack und Pack“ bewilligt. Bei Schweidnitz sollten sie abgedankt werden mit der Verpflichtung, in den nächsten 6 Monaten nicht gegen den Kaiser zu dienen. Am 28. Oktober marschierten die Thurnschen Truppen ab, begleitet von einem „Convoy“ kaiserlicher Kompanien. Der Großteil der Soldaten begleitete den Grafen in die Mark Brandenburg, um später unter seinem Kommando auf protestantischer Seite weiter zu kämpfen. Glatz war die letzte Stadt des Reiches, die sich im ersten Akt des großen Krieges dem Kaiser unterwarf. Die Folgen waren für die Stadt schwer. Ihr Wohlstand sank für ein Jahrhundert, viele der angesehensten Bürger erlitten Gefängnis- und Vermögensstrafen, und die evangelische Stadt wurde rekatholisiert⁷⁸⁾.

Am 16. Oktober 1622 legten Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg und die drei brandenburgischen Markgrafen Christian, Joachim Ernst und Administrator Christian Wilhelm bei dem kaiserlichen Oberamt zu Breslau gegen die Einziehung des Herzogtums Jägerndorf aufs neue Verwahrung ein. Sie erklärten, nur das zu suchen, was ihnen gebühre, und empfahlen den Ausgang des Rechtsstreites der göttlichen Vorsehung in der tröstlichen Zuversicht, daß zuletzt Recht noch Recht bleiben werde. Zu dieser Erinnerung fühlten sie sich auch deshalb veranlaßt, weil es eine Sache von allgemeiner Bedeutung sei, die zwar heute ihr Haus allein betreffe, morgen aber auch andere Häuser treffen könne. Auch diese Bemühungen der Hohenzollern, eine Mission des Grafen Adam von Schwarzenberg 1628 sowie weitere, 1636, 1653 und 1685 unternommene Schritte waren erfolglos⁷⁹⁾.

Als 1623 sich zwischen England, Holland und Dänemark eine große Koalition gegen das Haus Habsburg zu bilden begann, rechnete man auch mit der Unterstützung durch Bethlen Gabor, der schon so oft für die protestantische Sache eingetreten war. Nachdem sich die Lage im Reich zu seinen Gunsten entwickelt hatte, hatte Ferdinand geglaubt, sich seiner Verpflichtungen, wie die Geldzahlung an Bethlen und die Übergabe von Oppeln-Ratibor, entledigen zu können. Jetzt griff der Ungar, angetrieben durch den alten Grafen Thurn und den Markgrafen, die sich in seinem Gefolge befanden, Ernst von Mansfeld und die nach Kaschau geflohenen böhmischen und österreichischen Protestanten, wieder zu den Waffen. Schon Anfang September 1622 war sein Gesandter, dem sich Thurn als Vertreter der böhmischen Aufständischen angeschlossen hatte, am Hof des Sultans, Mitte Oktober ein anderer Gesandter im Haag bei König Friedrich erschienen, um sie für die Rückführung Bethlens auf den ungarischen und Friedrichs

⁷⁸⁾ v. Wiese S. 113-116, 124, 141, 144, 146/47, 148/49.

⁷⁹⁾ A. P. 5. S. 167/68, Biermann S. 93-96. Zum Rechtsstandpunkt in der Jägerndorfer Angelegenheit s. Grünhagen, Geschichte des 1. schles. Krieges. I, 125 ff.

auf den böhmischen Thron zu gewinnen. Bethlen rechnete auf das Erscheinen Friedrichs mit eigener Kriegsmacht, und Jägerndorf, der sich mit zwei Schreiben vom 20. 3. und 14. 4. 1623 an ihn wandte, schrieb u. a.: „Alles beruht nur allein darauf, daß Euer Königl. Maj. Armee nach Böhmen oder dero Kron inkorporierten Ländern sich begeben“⁸⁰⁾.

Zu dieser Zeit konnte die politische Lage den Kaiser und seine Verbündeten mit schwerer Sorge erfüllen. Ihre Macht und die rücksichtslose Rekatholisierung begann, in passiven und schwankenden protestantischen Reichsfürsten Sinnesänderungen hervorzurufen. König Christian IV. von Dänemark, der wegen seines Anteils am Herzogtum Holstein im niedersächsischen Kreis mitzureden hatte, erklärte am 29. März 1623 Friedrich, der seinen Diplomaten Burggraf Achaz von Dohna zu ihm gesandt hatte, seine Bereitschaft, die Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen zum Eintreten für ihn und die religiöse und politische Freiheit des Reiches zu veranlassen. Bei den Verhandlungen mit der Türkei, die auf die Befreiung Ungarns und Böhmens zielten, rechnete man mit einer Erhebung der durch die gewaltsame Bekehrung erbitterten Einwohner. Auch jenseits der Westgrenze des Reiches plante man Angriffe gegen Österreich und Spanien, und Friedrich mit seinen Ratgebern im Haag konnte nichts mehr herbeiwünschen als eine Veränderung der bestehenden Staatenverbindungen mit einem Umsturz der Machtverhältnisse zu seinen Gunsten. Die Vorsprache von Bethlens Gesandten führte zu einem eifrigen Briefwechsel mit Bethlen, Jägerndorf und Thurn, und die Gesandtschaftsreise Dohnas sollte über verschiedene norddeutsche Fürsten bis Bethlen gehen. Ein anderer Gesandter reiste an den französischen Hof. Die Absicht der Pfälzer entsprach der von Bethlen, eine vereinte gewaltige Offensive gegen den Kaiser und Maximilian von Bayern zustandezubringen, und das Geld dazu sollte vor allem Friedrichs Schwiegervater König Jakob von England beisteuern.

Aber ein fünfzehnmonatiger Waffenstillstand, den Jakob mit der spanischen Infantin Isabella, die auch mit kaiserlicher Vollmacht versehen war, am 1. Mai 1623 schloß, machte die Hoffnungen der Protestanten zunichte. Bethlen war isoliert, als der Administrator Christian von Halberstadt, Prinz von Braunschweig-Wolfenbüttel, seinerseits im Mai 1623 Bethlen vorschlug, in Schlesien ihre Armeen zu vereinigen zur Eroberung der böhmischen Kronlande. Am 22. August meldete der Markgraf dem König aus Kaschau, daß Bethlen von Karlsburg über Kaschau nach Mähren ziehen werde, und am 29. September, daß Bethlens Armee und die Türken im Anmarsch seien, und daß Bethlen entsprechend „seiner Zusage und der Abrede“ über Mähren nach

⁸⁰⁾ Winter S. 238. Krüner S. 27-29. Ritter, Dt. Gesch. Bd. 3. S. 233/34.

Schlesien zu ziehen gedenke, um „mit des Braunschweigs Kriegsvolk sich zu konjugieren“. Doch für Christian kam die Nachricht zu spät, da gerade Tilly in Niedersachsen erschien, um in kaiserlichem Auftrag Mansfeld und seinem Anhang, zu dem Christian gehörte, entgegenzutreten. Da die niedersächsischen Reichsstände ihm aus Furcht vor der kaiserlichen Macht das Verweilen seiner Armee auf ihren Territorien verweigerten, sah er sich gezwungen, nach Westen abzuziehen, wurde aber am 6. August 1623 von Tilly bei Stadtlohn vernichtend geschlagen. Bethlen, der inzwischen in Mähren Fuß gefaßt hatte, mußte sich, als im Oktober Tilly mit 40.000 Kaiserlichen im Anmarsch war, zu einem bis April 1624 geltenden, später verlängerten Waffenstillstand und Rückzug nach Kaschau entschließen und sich auf Friedensverhandlungen einlassen⁸¹⁾.

Zu Bethlens Friedensbedingungen gehörten die Übergabe der Fürstentümer Oppeln-Ratibor, Erstattung der Kriegskosten, die Würde eines Vizekönigs oder Palatins von Ungarn und sichere Bürgschaftsleistung für seine Forderungen, worauf der Kaiser die Gegenforderungen stellte, die Gefangenen freizulassen, alle Rebellen zu übergeben, vor allem den Markgrafen und Matthias Thurn, ihm alle zugefügten Schäden zu ersetzen und alle kaiserlichen Gebiete zu verlassen. Vor Ablauf des Waffenstillstands, der am 8. Mai 1624 zum Frieden von Wien führte, starb der Markgraf am 12. März 1624 zu Leutschau in der Zips im Alter von 46 Jahren. Die damals ungarische, 1245 von Deutschen gegründete Stadt, wo erst durch die Gegenreformation unter Leopold I. das deutsche Element zu Gunsten des katholischen Slawentums zurückgedrängt wurde, hatte durch einen ihrer Bürger, den Melanchthon-Schüler Cyriaci, die Reformation angenommen. Auch sie hatte sich 1604 auf die Seite Stephan Bocskays gestellt und war ein Zentrum des protestantischen Widerstandes gegen die habsburgische Unterdrückung. Von Leutschau wurde der Markgraf nach der ungarisch-protestantischen Hochburg Kaschau überführt und in der Kathedrale mit fürstlichen Ehren beigesetzt⁸²⁾.

Seine Gemahlin Eva Christine (gest. 1657) überlebte ihn sowohl wie ihre sämtlichen 5 Kinder: Katharina Sibylla (geb. 24. 9. 1611, gest. 11. 3. 1622), Georg (geb. 31. 1. 1613, gest. 10. 11. 1614), Albrecht (geb. 10. 8. 1614, gest. 1620), Katharina Sibylla (geb. 11. 10. 1615, gest. am nächsten Tage) und Ernst (geb. 18. 1. 1617). Mit ihm, der als Statthalter der Mark Brandenburg unvermählt am 24. September 1642 starb, starb die Linie Brandenburg-Jägerndorf aus⁸³⁾.

⁸¹⁾ Ritter, Dt. Gesch. Bd. 3. S. 239-252. Depner S. 96/97. Krüner S. 28. Winter S. 221-223.

⁸²⁾ Adlzreitter T. 3. Sp. 116, Nr. 56/57. Brockhaus 2. Sect. 42. T. S. 274.

⁸³⁾ Brockhaus 2. Sect. 20. T. S. 432. ADB Bd. 14. S. 176.

Am 15. November 1628 starb auch Bethlen, und das Hauptanliegen des sterbenden Fürsten an seine Nachfolgerin im Fürstentum Siebenbürgen, seine Gemahlin Katharina aus dem Hause Brandenburg, war die unauslöschliche Feindschaft gegen das die Freiheit der ungarischen Nation bedrohende Haus Habsburg. Dieses müsse, wie er sagte, „sehr gedemütigt werden, soll das evangelische Wesen in Sicherheit kommen“⁸⁴⁾.

Genau so dachte der Markgraf, und die Überzeugung von der Richtigkeit dessen bestimmte seinen kompromißlosen Kampf. Auch er hatte erkannt, daß, wie es ein Vertreter der Reichsstadt Oettingen auf dem Rothenburger Unionstag am 2. August 1611 unter Bezugnahme auf das Schicksal des böhmischen Majestätsbriefes klar ausdrückte, den die Gegenreformation lenkenden Kräften der Religionsfrieden von 1555 und andere Verträge nichts galten⁸⁵⁾ und daß nur durch eine politisch-militärische Zusammenarbeit zwischen der Union und den habsburgischen Erbländern die Geistesfreiheit im Reich gewahrt werden konnte. Deshalb war er bemüht, die Politik der protestantischen Territorien des Reiches zu koordinieren. So wurde er zum gefährlichsten und folgerichtigsten Gegenspieler des Kaisers, und seine Erklärung an den schlesischen Musterungskommissar v. Karnitzky, daß er friedrichisch lebe und sterbe, sowie seine Worte an die Jägerndorfer Stände: „Wir für unser Teil haben uns die beständige Resolution genommen, bei unserm Herrn und Könige Friderico, es komme zum Leben oder zum Tod, beständig zu bleiben“ drücken in Worten aus, was er durch die Tat bewies, indem er eine opportunistische Demütigung ablehnte, wie sie Christian von Anhalt und Hohenlohe tätigten, die das einst als richtig Erkannte aufgaben, um aus der Anpassung an den Stärkeren persönlich Nutzen ziehen zu können und das Brot von seinen Gnaden zu essen.

Bei der ideologischen Verworrenheit der damaligen lutherischen Orthodoxie, die z. B. die Wittenberger Theologen bewog, dem Herzog Johann Ernst von Sachsen-Weimar von einer Unterstützung Friedrichs V. abzuraten mit der Begründung, er sei verpflichtet, dem Kaiser zu helfen, weil der Sohn Gottes unter dem römischen Kaiser zur Welt gekommen sei⁸⁶⁾, mußte das Bemühen des Markgrafen, die protestantische Einheit des Reiches herbeizuführen, erfolglos sein, und die deutschen Länder, welche im böhmisch-pfälzischen Krieg für die protestantischen Freiheiten kämpften, waren gegenüber der Geschlossenheit des internationalen Katholizismus hoffnungslos unterlegen. Umso mehr ist seine Entscheidung zu würdigen, daß er selbst auf

⁸⁴⁾ Depner S. 111, 134.

⁸⁵⁾ Ritter, Briefe Bd. 2. S. 701.

⁸⁶⁾ Gejer Bd. 3. S. 138.

verlorenem Posten seinen klaren Erkenntnissen treu blieb, auch wenn er nach des Kaisers Willen von dem Land als Feind des Vaterlandes behandelt werden mußte, das ihn einmal mit höchsten Ämtern betraut hatte. Die Geschichte hat die Richtigkeit seiner ständigen Warnungen vor der kaiserlichen Beschwichtigungspolitik und der Unversöhnlichkeit der kirchlichen Restauration bestätigt.

Dr. Georg Jaeckel

Benutztes Schrifttum

A. P. = Acta Publica

Univ.-Lex. = Großes vollständiges Universal-Lexicon . . .

Acta Publica. Verhandlungen und Correspondenzen der schlesischen Fürsten und Stände. Hrsg. von Hermann Palm u. Julius Krebs. Bd. 1-5. Breslau 1865-1880.

Adlzreiter, Joannes, Annalium Boicae gentis partes III. Frankfurt a. M. 1710.

Allgemeine Deutsche Biographie. Bd. 14. Leipzig 1881. S. 175-176: Johann Georg II. von Brandenburg-Jägerndorf.

Biermann, Jägerndorf unter der Regierung der Hohenzollern. In: Zeitschr. des Ver. f. Gesch. u. Alterthum Schlesiens. Bd. 11. 1871. S. 36-96.

Brockhaus, F. A. (Hrsg.), Allgemeine Encyclopädie der Wissenschaften und Künste. Leipzig. [1. Sect.] 9. T. 1822. S. 332-333: Bethlen Gabor. 2. Sect. 20. T. 1842. S. 430-432: Johann Georg II. Markgraf von Brandenburg-Jägerndorf.

S. 432-440: Johann Siegmund Kurfürst von Brandenburg. 2. Sect. 34. T. 1883. S. 183/84: Kaschau. 2. Sect. 42. T. 1888. S. 274: Leutschau.

Depner, Maja, Das Fürstentum Siebenbürgen im Dreißigjährigen Krieg. Stuttgart 1938. (Phil. Diss. Hamburg.)

Fix, W., Die Territorialgeschichte des Preußischen Staates. Berlin 1869.

Gejer, Eric Gustav, Geschichte Schwedens. Übers. von Sven P. Löffler. Bd. 3. Hamburg 1836.

Gindely, Anton, Geschichte des Dreißigjährigen Krieges. Bd. 1-3. Prag 1869-1880.

Grünhagen, Colmar, Geschichte Schlesiens. 2. Bd. (1527-1740). Gotha 1886.

Jaksch, Wenzel, Europas Weg nach Potsdam. Schuld und Schicksal im Donauraum. Neu bearb. u. erg. Aufl. Köln 1967.

Krebs, Julius, Zur Geschichte der inneren Verhältnisse Schlesiens von der Schlacht am Weißen Berge bis zum Einmarsche Waldsteins. In: Zeitschr. des Ver. f. Gesch. u. Alterthum Schlesiens. Bd. 15. 1881. S. 329-356.

Krüner, Friedrich, Bethlen Gabor, Fürst von Siebenbürgen. In: Historische Zeitschrift. Bd. 58. 1887. S. 1-37.

Loesche, Georg, Geschichte des Protestantismus in Oesterreich. Tübingen 1902.

Plath, Johann, Kaschauer Chronik. Kaschau 1860.

Ritter, Moriz (Bearb.), Briefe und Acten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges in den Zeiten des vorwaltenden Einflusses der Wittelsbacher. Bd. 1-3, 6-11. München 1870-1909.

Ritter, Moriz, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation und des Dreißigjährigen Krieges. Bd. 2. 3. Stuttgart 1895, 1908.

Theatrum Europaeum oder warhafft Beschreibung aller denckwürdiger Geschichten, so hin und wieder, fürnemblich in Europa, . . . vom Jahr Christi 1617 biß auff das Jahr 1629 sich zugetragen. Pars 1. Frankfurt a. M. 1635.

Weltzel, Augustin, Geschichte der Stadt, Herrschaft und ehemaligen Festung Kosel. Kosel 1888.

Wiese, Hugo von, Die Belagerung von Glatz im Jahre 1622. In: Zeitschr. des Ver. f. Gesch. u. Alterthum Schlesiens. Bd. 13. 1876. S. 113-150. Mit Belagerungsplan hinter S. 289.

Winter, Georg, Geschichte des Dreißigjährigen Krieges. Naunhof b. Leipzig 1934.